

Deutschland und seine Nachbarsprachen: Grenzüräume, Konzepte, Kategorien

Philipp Krämer

Abstract

Dieser Beitrag liefert einen Einstieg in die Sprachpolitik der Grenzregionen Deutschlands mit Blick auf ihre Nachbarsprachen. Es werden die räumlichen, gesellschaftlichen und politischen Bedingungen aufgezeigt, unter denen eine Förderung der Mehrsprachigkeit stattfindet. Neben Hinweisen auf weiterführende Forschungsperspektiven wird eine erste Annäherung an eine Systematik der Nachbarsprachen versucht. Dieser Artikel soll die Grundlage bieten, um gemeinsam mit den folgenden Beiträgen im Band einen besseren Abgleich und Transfer sprachpolitischer Initiativen zwischen den Grenzregionen zu ermöglichen und Verbindungen zwischen ihnen zu erkennen. Zum Abschluss des Beitrags wird das Konzept der ‚Nachbarsprache‘ kritisch diskutiert und seine prekäre Abhängigkeit vom Konzept der Grenze im Zusammenhang mit seiner eigenen Nicht-Abgrenzbarkeit herausgestellt.

Schlafworte: Mehrsprachigkeit, Sprachpolitik, Grenzregion, Nachbarsprache, Europa

1. Einleitung

Die europäische Integration sorgte in den vergangenen Jahrzehnten dafür, dass die Staatsgrenzen Deutschlands mit seinen Nachbarländern nach und nach durchlässiger wurden. Grenzüberschreitende Kontakte wurden vielfältiger, Verflechtungsräume verdichteten sich und in der Folge wuchs auch das Bewusstsein dafür, dass dieser Prozess sprachpolitisch begleitet werden sollte. Die Mehrsprachigkeit in den Grenzregionen entwickelt sich auf natürliche Weise in der Begegnung, braucht aber auch passende Rahmenbedingungen, um sich entfalten zu können.

Um diesem Bedürfnis zu begegnen, entstanden sprachpolitische Initiativen auf den verschiedensten Ebenen, die zumeist unmittelbar aus dem

regionalen Kontext entsprangen. Zunehmend wird aber auch der Blick auf andere Grenzregionen geworfen um zu erfahren, welche Ideen und Lösungen dort praktiziert werden. An diese Entwicklung knüpfen der vorliegende Band und dieser Beitrag zur Einleitung an.

Drei Aspekte stehen dabei im Mittelpunkt:

- a) Dieses Kapitel soll zunächst eine Charakterisierung der Grenzregionen Deutschlands mit ihren Nachbarsprachen bieten, die in den weiteren Beiträgen im Detail vorgestellt werden. Der Vergleich ist eine Grundvoraussetzung für den Transfer. Nur wenn bekannt ist, wo in den vorliegenden Bedingungen die entscheidenden Ähnlichkeiten und Unterschiede liegen, lässt sich verlässlich einschätzen, welche Konzepte übertragbar sind und wo Anpassungen notwendig sind. In den folgenden Abschnitten dieses Kapitels werden deshalb verschiedene Faktoren beleuchtet, denen die Sprachpolitik in den deutschen Grenzregionen begegnet, und ihre Wirkung auf die regionale, grenzüberschreitende Mehrsprachigkeit diskutiert.
- b) Der Begriff der *Nachbarsprache* verdient eine kritische Würdigung. In diesem Beitrag soll deshalb versucht werden, die verschiedenen Nachbarsprachen in den Grenzregionen Deutschlands anhand ihrer Eigenschaften einzuordnen und damit das Konzept als solches zu schärfen: Wo bietet es Erklärungspotenzial, wo liegen Einschränkungen? Gibt es andere geeignete Begriffe, mit denen die entsprechenden Sprachen abgebildet werden können?
- c) Der Anspruch des Bandes liegt vor allem auf der Seite der Forschung: Er bietet in den nachfolgenden Beiträgen eine Bestandsaufnahme der Sprachpolitik in den Grenzregionen und zugleich Ansätze, wie man diese Beschreibung in den breiteren Kontext der Grenzforschung einbinden kann. Verwandte Aspekte aus der Anwendung wie etwa Didaktik und Bildungswesen werden an passender Stelle kurz berührt.

Ziel dieses ersten Kapitels ist es noch nicht, einen vollständigen Vergleich der gesamten Sprachpolitiken für alle Nachbarsprachen zu bieten – erste Schritte in diese Richtung ergeben sich aus der Zusammenstellung der anderen Kapitel im Band. Soweit möglich werden zudem Bereiche angedeutet, in denen weitere Forschung lohnenswert erscheint (vgl. auch Brehmer 2018, S. 31–34 für Forschungsperspektiven der Linguistik zu Nachbarsprachen). Hauptsächlich sollen jedoch auf den nachfolgenden Seiten wichtige Komponenten nachbarsprachlicher Politik zusammengetragen werden, die für Bestandsaufnahmen und Vergleiche herangezogen werden können –

auch in zukünftigen Arbeiten, die ggf. noch stärker ins Detail gehen. Damit liefert dieser Beitrag und der Band als Ganzes die Grundlagen, um in Anknüpfung an das Konzept des *Linking* (Schank/Fellner 2024) vorhandene Verbindungen herauszuarbeiten: zwischen den Bedingungen der Verwendung von Nachbarsprachen, zwischen den verschiedenen Grenzräumen und über die nationalstaatlichen Grenzen hinweg.

Zur Illustration der verschiedenen Kriterien zur Beschreibung von Mehrsprachigkeitspolitik in Grenzräumen dienen in diesem Überblickskapitel jeweils kurz aufgerufene Beispiele aus den unterschiedlichen Regionen Deutschlands und der Nachbarländer. Die Blickrichtung ist dabei in erster Linie von Deutschland aus nach außen, also mit stärkerem Gewicht auf die sprachpolitischen Gegebenheiten auf deutscher Seite in ihrem Verhältnis zu den jeweils benachbarten Ländern, Regionen und ihre Sprachen, ohne aber die notwendige Spiegelbildlichkeit und wechselseitige Verflechtung der Nachbarschaft zu übergehen. Zu Recht wirft Klatt (2021, S.146) die Frage auf, „ob man Grenzregionen nur grenzüberschreitend sinnvoll untersuchen kann, da sie immer im Verhältnis zur Grenzregion auf der anderen Seite der Grenze stehen.“

Im Mittelpunkt der Betrachtung stehen in diesem Kapitel und im gesamten Band diejenigen Sprachen, die aus deutscher Perspektive mehr oder weniger selbstverständlich als *Nachbarsprachen* behandelt werden. Dies sind zumeist die ‚großen‘ offiziellen bzw. dominanten Sprachen in den angrenzenden Staaten, also Französisch, Niederländisch, Dänisch, Polnisch und Tschechisch. Die vermeintliche Selbstverständlichkeit, diese fünf Sprachen unter den Dachbegriff *Nachbarsprachen* zu fassen, ergibt sich aus der stark verankerten und ideologisch fixierten Gewohnheit, Sprachen mit Nationalstaaten zu verknüpfen. Dass der Begriff bzw. das Konzept der Nachbarsprache komplexer aufgefasst werden kann, zum Teil auch problematisch, und dass neben den fünf genannten auch weitere Sprachen einen Blick verdienen, wird am Ende des Kapitels ausführlicher beleuchtet.

2. Sprachpolitische Gestaltung von Mehrsprachigkeit in Grenzgebieten

Mehrsprachigkeit ist in Grenzregionen aus zwei Gründen ein ebenso bedeutsames wie erwartbares Phänomen:

Erstens sind Grenzräume in vielen Fällen Begegnungsräume. Sofern die Grenze nicht hermetisch trennt, findet an ihr Kontakt zwischen Menschen statt, die politisch verschiedenen Entitäten zugeordnet werden – unabhän-

gig davon, ob sie selbst einander als verschieden betrachten oder nicht. In der Logik des sprachlich und kulturell homogenen Nationalstaates, die seit dem 19. Jahrhundert besonders in Europa starke Wirkung zeigt, sind Grensräume von Staaten häufig auch Räume des Aufeinandertreffens verschiedener offizieller Sprachen.

Zweitens stimmen die politisch gezogenen Grenzen und staatlichen Territorien mit jahrhundertlang gewachsenen Sprachräumen in den meisten Fällen nicht exakt überein. Es überlagern sich daher zumindest historisch die politisch-rechtlichen Räume der offiziellen Sprachen auf unterschiedliche Weise mit Räumen tatsächlicher sprachlicher Praktiken, die davon abweichen können. Grensräume sind mehrsprachige Räume, weil viele dort lebende Menschen gerade nicht einsprachig sind, also nicht ausschließlich die offizielle(n) Sprache(n) beherrschen, die politisch auf ihrer Seite der Grenze dominant ist bzw. sind. Verflechtung und Verständigung bedingen einander, so dass Mehrsprachigkeit bei Aneinandergrenzen und Überschneidung verschiedensprachiger Räume sowohl erwartbarer Effekt des Zusammenlebens als auch notwendige Bedingung dafür ist.

Phänomene des Sprachkontakts über die Abgrenzungen einzelner Sprachsysteme hinaus sind in Grensräumen häufig und für sie charakteristisch. Innersprachliche Kontaktphänomene im individuellen und konkreten Sprachgebrauch in den Grenzregionen bieten noch viel Forschungspotenzial. In diesem Beitrag und im gesamten Band wird Mehrsprachigkeit jedoch hauptsächlich auf der Makroebene betrachtet: Es soll um die Rahmenbedingungen für die Verwendung mehrerer Sprachen auf gesamtgesellschaftlicher Ebene in Deutschlands Grenzregionen gehen. Diese haben selbstverständlich wiederum Auswirkungen auf die individuelle Mehrsprachigkeit, also auf die Repertoires und Praktiken der Menschen in der jeweiligen Region auf der Mikroebene: Sie bilden den Rahmen, in dem die sprachlichen Ressourcen wachsen und genutzt werden.

Sind die politischen Rahmenbedingungen günstig und hat die Nachbarsprache produktiven Anteil am Repertoire von Sprecher*innen, dann können in der Interaktion selbst die vermeintlich klaren Grenzen zwischen Einzelsprachen schwinden, wie es etwa Zinkhahn Rhobodes (2016b) und Bonin et al. (2024) am Beispiel mehrsprachiger Praktiken im deutsch-polnischen Grenzgebiet zeigen. Jańczak (2016a, S. 2030) beobachtet anhand des Sprachverhaltens bei Verkaufsinteraktionen in Frankfurt/Oder und Ślubice „the existence of a linguistically heterogeneous borderscape in which debordering processes are taking place“; Höder (2021) zeigt, wie sich in der deutsch-dänischen Grenzregion sprachübergreifende Konstruk-

tionen herausgebildet und gefestigt haben. Es entstehen Phänomene, die mit Konzepten wie Ko-Konstruktionen (Jungbluth 2016) oder Translanguaging (Li 2018) erfasst werden können. Mikro- und Makroebene der Mehrsprachigkeit greifen logischerweise ineinander und die Kernfrage zur Gestaltung dieses Verhältnisses ist entsprechend, wo und wie sprachpolitisch begünstigende Bedingungen zur Förderung der individuellen und gesellschaftlichen Mehrsprachigkeit geschaffen werden können.

Sprachpolitik soll in diesem Rahmen als umfassender Begriff verstanden werden, ähnlich wie es in Anlehnung an übergreifende Konzept *Language Policy and Planning* auch Dovalil/Šichová (2017, S. 12) vorschlagen. In der Literatur findet sich mitunter die Unterscheidung zwischen *Sprachpolitik* und *Sprachenpolitik*: erstere gerichtet auf die Verwendungsformen einer bestimmten Sprache etwa im Rahmen von Standardisierung, zweiteres gerichtet auf die Ordnung der Verwendungsbereiche mehrerer Sprachen in ihrem Verhältnis zueinander. Beide Bereiche können aber miteinander verschmelzen (Krämer 2022). Das tun sie unter anderem im politischen Feld der Nachbarsprachen, denn die nachbarschaftliche Sprachpolitik richtet sich regional gefasst auf genau eine Sprache mit einer privilegierten Rolle. Sie bestimmt einerseits deren gesellschaftliche Bedeutung neu, etwa indem ihr zusätzliche Verwendungsdomänen eröffnet werden – ein Fall, der unter den klassischen Begriff der Statusplanung fällt. Diese wirkt andererseits aber stets auch in ihre Verwendungsform hinein. Praktiken mit systemübergreifenden Strukturen in kommunikativen Routinen wie den oben Genannten können eine Folge sein. Weniger relevant ist als sprachpolitisches Tätigkeitsfeld mit Blick auf Nachbarsprachen die gezielte Steuerung der sprachlichen Formen. So sehr sich klassische Sprachpolitik sonst eher auf Normfixierung richtet, schließt das Konzept jedoch nicht aus, dass der kreative Zugriff auf sprachliche Ressourcen ein erwünschter sprachinterner Effekt von Sprachpolitik sein kann. Nicht zuletzt impliziert der Plural im Begriff *Sprachenpolitik* die vermeintliche Abgrenzbarkeit und Zählbarkeit von Einzelsprachen. Auch wenn diese Sichtweise im europäischen Blick auf Sprache/n weiterhin sehr wirkmächtig bleibt und häufig mit der eingrenzenden Logik von Nationalstaaten einhergeht (Krämer/Vogl/Kolehmainen 2022, S. 10–13), so steht sie gerade im Falle gegenseitiger Durchdringung von Sprachsystem im nachbarschaftlichen Kontakt offenkundig in Frage.

Während Sprachpolitik in vielen Fällen auf die Festigung der Dominanz einer Nationalsprache hinarbeitet (Frankreich ist ein einschlägiges Beispiel), oder auf die Bewahrung bestehender Mehrsprachigkeit (in vielen

Minderheitenkontexten), will die nachbarsprachliche Politik mehr, nämlich einen Ausbau der Mehrsprachigkeit.

Dass *Sprachpolitik* insgesamt als umfassender Begriff für die Beteiligung an der Ordnung sprachlicher Verhältnisse und an der Gestaltung sprachlicher Praktiken gelten kann, ergibt sich auch aus beteiligten Akteuren von der staatenübergreifenden Politik bis zur Entscheidung der Einzelperson (siehe dazu weiter unten). Dabei werden vertikal im Sinne einer *Multi-level Governance* unterschiedliche Ebenen mit ihren Zuständigkeiten tätig, und horizontal im Rahmen von *Cross-border Governance* die Akteure innerhalb unterschiedlicher Rechtsordnungen, die an der Grenze aufeinandertreffen (David 2024, S. 37–43). In beiden Richtungen kann das Handeln zusammenwirken oder einander entgegenwirken. Vor allem an dieser Stelle lässt sich gut an einen zentralen Aspekt der *Language Management Theory* anknüpfen, den Nekvapíl (2009) hervorhebt, nämlich das Zusammenwirken von organisierten bzw. gesteuerten Ordnungsinitiativen mit Sprachverhältnissen, die emergent aus Praktiken von Individuen und metasprachlichen Diskursen erwachsen.

2.1. Historische Grenzprozesse und Mehrsprachigkeit

Die Formierung politischer Räume ist historisch wandelbar, Grenzverläufe ändern sich. Auch die sprachlichen Praktiken sind veränderbar, bis hin zum vollständigen Sprachwechsel in einem bestimmten Gebiet oder einer Gesellschaft. In den Grenzregionen Deutschlands vollzogen sich Umbrüche mit bedeutsamen Auswirkungen auf das Sprachgefüge zu unterschiedlichen Zeitpunkten in der Geschichte, vor allem im Laufe des 20. Jahrhunderts. Die Grenzverschiebungen der jüngeren Vergangenheit haben weiterhin Auswirkungen darauf, wie die sprachlichen Gegebenheiten in der Bevölkerung wahrgenommen werden. Sie bilden den historischen Hintergrund, vor dem Sprachpolitik in den Grenzregionen gestaltet wird und der in unterschiedlicher Stärke durchscheinen kann, wenn Debatten oder Konflikte aufkommen.

Als erster markanter Zeitpunkt der jüngeren Geschichte ist das Ende des Ersten Weltkriegs zu nennen, in dessen Folge 1920 die Grenzen Deutschlands zu Dänemark und Belgien so festgelegt wurden, wie sie heute Bestand haben. Damit ist auch jenseits der Staatsgrenze im unmittelbar grenznahen Teil Belgiens das Deutsche die Sprache der Mehrheit der Bevölkerung. Die Frage des Grenzverlaufs zwischen Deutschland und Dänemark war unter

anderem deshalb immer wieder virulent, weil das sprachliche Übergangsgebiet dem Idealbild klar umrissener Nationalstaaten mit deutlich zugeordneten Nationalsprachen widersprach. Die Grenzziehung ab 1920 mit ihren Folgen wie Sprachwechsel und Verschiebungen im Varietätenrepertoire der Bevölkerung beschreibt Höder (2019) als „sprachliche Zäsur“.

Die weiteren Grenzen im Westen zu den Niederlanden, zu Luxemburg und Frankreich entfalteten insbesondere nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs immer deutlicher eine sprachliche Wirkung (Auer 2005, S. 18–21). Die früher bestehenden Dialektkontinua schwanden unter dem Einfluss der Dominanz etwa des Niederländischen und Französischen, so dass die Staatsgrenze sich allmählich auch zu einer Sprachgrenze entwickelte (vgl. etwa Spiekermann 2019 zur Staatsgrenze als dialektale Wahrnehmungsgrenze im Emsland und der Grafschaft Bentheim, Pfeiffer/Auer 2019 zu Kommunikationsschwierigkeiten im Grenzraum Baden-Elsass). Mit dem Ausbau des Luxemburgischen und der Abgrenzung von den benachbarten Dialekten des Deutschen als Nationalsprache Luxemburgs wirkte auch hier die Staatsgrenze zusammen mit der Herausbildung eigenständiger sprachlicher Entitäten.

Die Grenzen Deutschlands zu Polen und Tschechien entwickelten sich als Konsequenz des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkriegs ebenfalls zu Sprachgrenzen, nachdem die deutschsprachige Bevölkerung zum allergrößten Teil die angrenzenden Gebiete verlassen musste. Über Jahrzehnte war die Grenze Bayerns mit der damaligen Tschechoslowakei eine Linie der Systemkonfrontation im Kalten Krieg; auch die Grenzen der DDR zu den sozialistischen Nachbarländern waren phasenweise wenig durchlässig. Viele Verbindungen als Voraussetzungen zur Kommunikation mussten in den Jahrzehnten nach 1990 in einem relativ schnellen Aufholprozess verstärkt oder neu geschaffen werden. Cyrus (2024, S. 70–72) zeichnet die historische Entwicklung der deutsch-polnischen Grenze nach und zeigt damit die komplexen Dynamiken von Grenzformationen, an denen u.a. sprachliche Gegebenheiten teilhaben.

Dass Grenzen nicht einfach synchron gegeben sind, sondern eine Erscheinungsform sozialer Prozesse sind – die schnell und unvermittelt verlaufen oder sich über Jahrhunderte fast unbemerkt vollziehen – ist insbesondere am Zusammenspiel von Sprachräumen und Staatsgrenzen erkennbar (vgl. Wille 2024, S. 32–35 zur Prozesshaftigkeit von Grenzziehungen). Die historischen Hintergründe haben Konsequenzen für die Frage, wie Nachbarsprachenpolitik aussehen kann: Historische Bezüge werden in öf-

fentlichen Debatten angeführt und oft verknüpft mit größeren politischen Zusammenhängen und Machtfragen.

Rein praktische Erwägungen alleine reichen häufig nicht aus, um die Bevölkerung vom Nutzen der Nachbarsprache zu überzeugen, denn selbst lang zurückliegende Ereignisse können sich in Spracheinstellungen niederschlagen, wenn sie in holzschnittartiger Weise als schematische Repräsentationen sprachpolitischer Vorhaben zutage treten. Ein offenkundiges Beispiel hierfür sind Reaktionen auf die Förderung des Französischen im Saarland mit Verweisen auf die sprachpolitische Vereinnahmung der Region in den Nachkriegsperioden, aber auch auf das beginnende Zusammenwachsen in der Zeit (vgl. Krämer 2019, S. 59–64; Krämer 2023). Die Geschichte der Grensräume bildet den Hintergrund, vor dem Sprachpolitik betrieben wird. Nicht selten liefert sie die Begründung für die Förderung der Nachbarsprachen und der Verständigung in Regionen, die lange Zeit von Konflikten geprägt waren – aber zugleich auch die Vorbehalte, die gegen die Nachbarsprachen vorgebracht werden. Dies gilt im Prinzip für alle Grenzregionen Deutschlands mit regionalspezifischen Ausprägungen, so dass die jeweiligen Grenzdiskurse und die daraus hervorgehenden Vorstellungen des (sprachlichen) Grenzraums in der politischen Arbeit unbedingt einbezogen werden müssen (vgl. Lehner 2021 zur Bedeutung von Grenzdiskursen).

2.2. Demographie und Topographie

Neben den historischen Hintergründen spielen auch die naturräumlichen und sozialgeographischen Voraussetzungen eine Rolle für die Entwicklung der Mehrsprachigkeit in Grenzgebieten. Sie bilden die nur schwer veränderbaren Grundlagen, mit denen die Sprachpolitik arbeiten muss und sie überlagern sich mit anderen Ebenen, die auf die sprachlichen Verhältnisse durchwirken: Grenzen sind ‚multidimensional‘, weil rein räumliche Gegebenheiten mit sozialen Bedingungen interagieren (Wille 2024, S. 37).

Die räumlichen Voraussetzungen unterscheiden sich in den Grenzregionen Deutschlands zum Teil erheblich. Mancherorts finden wir grenzüberschreitende Ballungsgebiete vor, die über die Grenze hinweg zusammengewachsen sind, wie etwa die dicht besiedelten Agglomerationen von Saarbrücken über Forbach bis nach Saint-Avold oder zwischen Aachen, Heerlen und Maastricht. In anderen Fällen liegt ein städtisches Zentrum auf einer Seite der Grenze, es entfaltet aber Strahlkraft im Nachbarland. Beispiele

hierfür sind etwa Flensburg, Enschede, Szczecin oder Straßburg, auch Dresden wäre hier zu nennen. Als symmetrischer verstehen sich die sogenannten Doppelstädte wie etwa Frankfurt/Oder-Slubice oder Görlitz-Zgorzelec, die auf beiden Seiten der Grenze ein dünn besiedeltes Hinterland bedienen.

Eine allzu feste Kategorisierung dieser städtischen Schwerpunkte ist nicht unbedingt notwendig, ihre Wirkung im Hinblick auf Mehrsprachigkeit ist in allen Fällen ähnlich: Sie sorgen für Mobilität, sind wichtige Anziehungspunkte und damit auch Interaktionsorte, in denen mehrsprachige Kommunikation zum Tragen kommt. Sie stellen am häufigsten die Infrastruktur und die Anlässe bereit, durch die Menschen überhaupt miteinander in Kontakt kommen und Gelegenheiten, Interesse oder Notwendigkeit haben, eine passende sprachliche Form zur Verständigung zu finden. Gerade die städtischen Räume an der Grenze sind daher Kristallisationsorte der Mehrsprachigkeit, die mit angemessenen politischen Rahmenbedingungen begleitet werden sollte.

Insgesamt dünner besiedelte Räume finden wir in großen Teilen des deutsch-tschechischen Grenzgebiets etwa im Erzgebirge, im Bayerischen Wald bzw. Böhmerwald, aber auch an der Grenze zu Belgien und zum Norden Luxemburgs, im nördlichen Teil des deutsch-niederländischen Grenzgebiets, im Pfälzerwald bzw. den Nordvogesen und an vielen Abschnitten des deutsch-dänischen und deutsch-polnischen Grenzgebiets. In diesen ländlichen Gebieten sind kleinere Bevölkerungszahlen als Zielgruppen von Sprachpolitik betroffen, aber auch hier sind Mobilität und Kontakt selbstverständlich. Die Sprachpolitik muss sich in diesen Fällen besonders oft mit demographischem Wandel oder schwierigeren sozioökonomischen Voraussetzungen auseinandersetzen, die beispielsweise für sinkende Schüler*innen-Zahlen sorgt und damit die Neueinrichtung oder Beibehaltung von Bildungsangeboten erschwert. Unter Gesichtspunkten der Kosteneffizienz oder Reichweite können nachbarsprachliche Initiativen in diesen Räumen durch das kleinere Zielpublikum häufiger vor Schwierigkeiten stehen.

Topographische Gegebenheiten beeinflussen nicht nur unmittelbar den Austausch, sondern auch die Wahrnehmung der Grenze. Die lässt sich beispielsweise an den großen Grenzflüssen wie Oder, Neiße und Rhein beobachten. Einerseits markieren sie die Grenze deutlich sichtbar und sie sind nicht ohne Weiteres zu überwinden, zugleich haben sie aber seit vielen Jahrhunderten auch eine verbindende Wirkung. An ihren Ufern bildeten sich wichtige städtische Zentren, an ihnen entlang richteten sich Verkehrsflüsse aus. Nicht zufällig liegen viele der punktuellen Bevölkerungsschwer-

punkte mit dünn besiedeltem Hinterland an diesen Flüssen. Die Uferstädte kanalisieren besonders stark die Kommunikation auf bestimmte Punkte hin, vor allem wenn zwischen den Brücken als Grenzübergänge bisweilen relativ weite Distanzen liegen. An diese Stellen knüpft sich dann ein besonders wirksames Bild der Begegnung, Brücken werden zu Symbolstiftern und das Sozialgefüge kann sich bei wachsendem Zusammengehörigkeitsgefühl gerade hier für den sprachlichen Austausch als günstig erweisen. Es entwickeln sich Diskurse um die Grenzen als verbindende Größen, die als Unterlage der Sprachpolitik und der Nachbarsprachenförderung genutzt werden können.

Neben den naturräumlichen Bedingungen spielen die menschengemachten eine entscheidende Rolle, an erster Stelle die Verkehrsverbindungen. Sie sorgen dafür, dass die räumlichen Gegebenheiten nicht völlig unveränderlich sind: Der Mensch erleichtert Mobilität auch dort, wo die Topographie sie erschwert, und schafft damit neue Möglichkeiten zur Begegnung, die passende Sprachkenntnisse erfordern können. Das wohl auffälligste Beispiel der Gegenwart ist der neue Fehmarnbelttunnel, mit dem die Fahrzeit zwischen Dänemark und dem Osten Schleswig-Holsteins erheblich beschleunigt wird. Auch der Ausbau der Bahnstrecke Berlin-Dresden-Prag kann solche Effekte haben; die Bedeutung grenzüberschreitender Verkehrswege wurde mit der etwa zehnjährigen Sperrung ab 2015 und dem Neubau der Friesenbrücke auf der Strecke Groningen-Leer deutlich sichtbar. Kleinräumiger spielen ÖPNV-Angebote eine zentrale Rolle, etwa die Tramlinien Saarbrücken-Saargemünd oder Straßburg-Kehl.

All die genannten räumlichen Voraussetzungen bedingen jeweils spezifisch lokale und regionale Gegebenheiten, die einen Einfluss auf die sprachlichen Verhältnisse haben. Nachbarsprachen sind dementsprechend Mittel der kommunikativen Mobilität, sobald Verkehrsverbindungen als Mittel der räumlichen Mobilität dies erfordern oder ermöglichen (vgl. Schindler 2021 zum quasi dialektischen Verhältnis von Grenze und Mobilität).

Die Wirkungen der geographischen Bedingungen sind abstrakt und nur schwer zu quantifizieren, aber sie entscheiden mit darüber, wie oft und wie leicht Menschen mit den Nachbarsprachen in Kontakt kommen können, wie relevant und präsent sie im Alltag sind und wie stark ausgeprägt demnach das Bedürfnis ist, sie zu beherrschen. Ähnlich schwer bestimmbar ist die Frage, welcher Raum überhaupt als *Grenzregion* verstanden wird, also ab welcher Distanz von der Grenze diese nach und nach nicht mehr als prägender Einfluss gesehen wird (vgl. umfassender Klatt 2021 zum Konzept der Grenzregion). Eine Gemeinsamkeit der verschiedenen Grenzregionen

in dieser Hinsicht ist sicherlich, dass die grenzüberschreitende Mobilität eher zu- als abnimmt, und damit auch zumindest der potenzielle Kontakt mit der Nachbarsprache. Dennoch stellt sich die Frage, welche langfristigen Auswirkungen auf sprachlicher wie gesellschaftlicher Ebene es haben wird, dass Grenzsicherungen und -kontrollen in der jüngeren Vergangenheit als politisches Mittel wiederentdeckt wurden, etwa zu Beginn der Corona-Pandemie oder zur Bekämpfung von Migration.

2.3. Sprachräume und politische Räume

Sprachpolitische Maßnahmen entfalten stets in einem bestimmten politisch-rechtlichen Bereich ihre Wirkung – einem Bereich, der an der Grenze formal endet: „Aus politisch-administrativer Sichtweise ist eine Grenze lediglich ein Ort, an dem administrative Einheiten zusammentreffen.“ (Caesar/Pallagst 2018, S. 13) Die Konturen politischer Einheiten stimmen jedoch aufgrund politischer Grenzziehungsprozesse in den allerwenigsten Fällen mit historisch gewachsenen Sprachgebieten überein. Eher werden Sprachräume nach und nach den politischen Räumen angepasst, wenn dominante Sprachen durchgesetzt und andere verdrängt werden. Grenzregionen sind Räume, in denen sich solche Verschiebungsprozesse häufig beobachten lassen. Für jede Nachbarsprache lässt sich das Spannungsverhältnis genauer bestimmen: Wie verhält sich der Grenzraum der Gegenwart zum gesamten Sprachraum?

Im Falle von Polnisch und Tschechisch ist das Grenzgebiet heute der westliche Rand des hauptsächlichen Mehrheits-Sprachgebiets der beiden Sprachen, die konzeptionell als Nationalsprachen relativ eng mit dem jeweiligen Staat verbunden werden. Aus deutscher Perspektive sind die Grenzregionen damit gewissermaßen der Eingang zum direkt berührenden, geschlossenen Sprachgebiet. Dies kann leicht darüber hinwegtäuschen, dass es in Deutschland und vielen anderen Teilen der Welt bedeutende Diaspora-Gemeinschaften beider Sprachen gibt. Im Grenzraum hat das zur Folge, dass Polnisch zugleich Nachbar- und Herkunftssprache ist. Dass eine feste Unterscheidung in solchen Fällen kaum aufrechtzuerhalten ist, erfordert etwa im Bildungswesen flexibel anpassbare Lösungen für heterogene Lerngruppen.¹

1 Im Schuljahr 2018/2019 wurde in Frankfurt(Oder) neben Polnisch als Fremdsprache auch an drei Grundschulen für insgesamt 68 Kinder muttersprachlicher Unterricht in

Auch im Falle des Dänischen wäre eine solche Trennung oder eine feste Zuordnung von Staats- und Sprachgebiet nicht zutreffend. Neben der Bedeutung der Dänischsprachigen auf der deutschen Seite der Grenze steht diese Art der Kategorisierungen etwa auch wegen der Rolle des Dänischen in Grönland oder auf den Färöern in Frage. Zudem bietet das Dänische unter bestimmten Voraussetzungen die Möglichkeit zu interskandinavischer Kommunikation, so dass die Nachbarsprache niedrigschwellige Zugänge zu weiteren Sprachräumen bieten kann – auch wenn diese Praxis in jüngster Vergangenheit abnimmt.

Betrachtet man den Sprachraum des Niederländischen, fällt einerseits Surinam in Südamerika ins Auge, innerhalb Europas aber außerdem Flandern: Direkt an das deutsche Staatsgebiet grenzen nur die Niederlande, dennoch ist Flandern schnell und unkompliziert erreichbar. Als Beinahe-Grenzgebiet nimmt es daher eine andere, manchmal etwas unklare Stellung in der Wahrnehmung und beispielsweise auch im Schulunterricht ein, wie sich an Befragungen von Niederländisch-Schüler*innen in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen zeigte (Halink 2020, S. 28–29; Boonen Hrsg. 2021 bietet spezifisch auf Belgien ausgerichtetes Material für den nachbarsprachlichen Unterricht in Nordrhein-Westfalen).

Besonders kompliziert ist die Frage nach den politischen und sprachlichen Raumverhältnissen im Falle des Französischen als Sprache mit großer Verbreitung in der Welt. Im Saarland ist die nachbarsprachliche Politik beispielsweise gebündelt im Rahmen der sogenannten Frankreichstrategie, die aber zugleich nicht nur auf Lothringen abstellt, sondern auf ganz Frankreich und auch auf die restliche frankophone Welt (vgl. umfassend Lüsebrink/Polzin-Haumann/Vatter, Hrsg. 2017). Darunter fallen natürlich auch Wallonien und Luxemburg als Teile der Großregion mit besonders enger Zusammenarbeit.

Anhand dieser bisweilen komplizierten Teil-Überlappungen zeigt sich: Was „Nachbarsprachen“ sind, mag auf den ersten Blick relativ eindeutig erscheinen, aber Nachbarschaften erweisen sich letztlich immer als Konglomerate überlappender sprachlicher und politischer Teilräume mit unscharfen Konturen. Dies gilt umso mehr mit Blick auf die sprachstrukturellen Ähnlichkeiten und Verwandtschaften. Aus Perspektive von Deutschsprachigen sind die germanischen Nachbarsprachen Niederländisch und Dänisch

Polnisch angeboten, Putzier/Hryniewicz-Piechowska/Brehmer (2022) diskutieren Ansätze zur integrierten Sprachförderung für beide Zielgruppen im nördlichen deutsch-polnischen Grenzraum.

im Spracherwerb zumindest in der Anfangsphase des Lernens schneller zugänglich als die romanischen bzw. slawischen Nachbarsprachen Französisch, Polnisch und Tschechisch. Auf den zweiten Blick zeigen sich aber auch über die großen Sprachfamilien hinweg zahlreiche räumliche Überlappungen, etwa bei den germanischen Dialekten in Lothringen und im Elsass, in der Mehrsprachigkeit Luxemburgs und Belgiens² oder beim Sorbischen als mögliche Verbindungssprache zu den benachbarten slawischen Sprachen.

2.4. Sprachräume und Spracheinstellungen

Die sprachräumlichen Konstellationen haben Auswirkungen darauf, wie man Sprachpolitik erklärt und attraktiv macht. Entscheidende Argumente, um die Verankerung der Nachbarsprache oder ihr Erlernen zu befördern knüpfen sich häufig an deren Reichweite, sei es räumlich oder demographisch. Als instrumentale Zuschreibung ist die Überlegung, wo eine Sprache nutzbar ist, oft ein wichtiger Faktor, die ihre Attraktivität mitbestimmt: Reicht es als Argument aus, dass die entsprechende Sprache diejenige der Menschen direkt nebenan ist, oder kann ich damit noch mehr erreichen? Unter anderem hat diese Frage einen Einfluss darauf, welche der Sprachen deutschlandweit auch überregional eine Rolle spielen und nicht nur im unmittelbaren Grenzraum (Kopp/Jentges 2022, S.2 werfen diese Frage auch mit Blick auf die Sprachenlehre auf).

Da Sprachen häufig mit Staaten und Ländern verknüpft werden – durchaus häufig in stereotypen Mustern –, kann die Überschneidung von Sprachraum und politischem Raum Auswirkungen darauf haben, wie die Sprachen wahrgenommen und angenommen werden: Polnisch wurde in einer repräsentativen Erhebung in Deutschland als eine der häufigsten Sprachen mit der Bewertung „unsympathisch“ genannt (Adler/Ribeiro Silveira 2020, S.19–20). Putzier/Hryniewicz-Piechowska/Brehmer (2022, S.53) berichten von Vorbehalten auf Seiten der Eltern bei der Einrichtung mehrsprachiger Angebote in den Grenzgebieten Mecklenburg-Vorpommerns und Brandenburgs (vgl. umfassend auch die Beiträ-

2 Zwar zielt die langjährige Sprachpolitik Belgiens stark darauf ab, im Rahmen des Territorialitätsprinzips möglichst weitgehend homogene Sprachgebiete zu etablieren, aber auch hier müssen die politischen Bedingungen sich den mehrsprachigen Realitäten beugen, sei es in Brüssel oder in den sogenannten Fazilitätengemeinden, zu denen unter anderem Kommunen im grenznahen Ostbelgien gehören (Krämer 2010, S. 72).

ge in Prunitzsch/Berndt/Buraczynski Hrsg. 2015 zum sächsisch-polnischen Grenzraum).

Umgekehrt kann sich ein positives Bild des Nachbarlandes und der Nachbarkulturen positiv auf die Wahrnehmung der Sprache auswirken. Für das Niederländische stellen etwa Boonen/Jentges/Sars (2018, S. 96–97) fest: „In Deutschland verzeichnet Niederländisch als Fremdsprache sowohl als Schulfach als auch als Studienfach in den letzten Jahrzehnten einen positiven Trend mit steigenden Teilnehmerzahlen, auch das Image der Niederlande und der Sprache Niederländisch ist positiv.“ Plewnia/Rothe (2011, S. 227) zeigen ebenfalls am Beispiel des Niederländischen, dass räumliche Nähe und häufiger Kontakt im Grenzraum sowohl bei positiven wie negativen Einstellungen verstärkend wirken können, während in grenzferneren Regionen die Bewertung allgemein weniger stark polarisiert ausfällt. Ausführlichere und vergleichende Forschung zu einem solchen Nexus im spezifischen Falle der Nachbarsprachen wäre unter anderem deshalb nützlich, weil unterschiedlich ausgeprägte Spracheinstellungen jeweils verschiedene Ansätze der Sprachpolitik notwendig machen, um die jeweiligen Stimmungen in der Bevölkerung angemessen zu berücksichtigen (vgl. Müller-Butz 2019 als Beispiel zur Öffentlichkeitsarbeit in der Grenzregion Vorpommern-Greifswald und Uckermark).

Die Förderung von Nachbarsprachen kann zum Effekt oder sogar zum Ziel haben – auch wenn dies nicht unbedingt explizit so kommuniziert wird –, in gewissem Maße eine Loslösung der Sprachen vom Nationalstaat zu erreichen und sie stattdessen stärker als Sprache der grenzüberschreitenden Region zu verankern. Die noch immer sehr weitreichende Nationalsprachenideologie, die gerade in Europa fest etabliert ist, wirkt dem weiterhin entgegen. Erscheint also die Zuordnung von Sprachräumen und politischen Räumen auf den ersten Blick kompliziert und für die Sprachpolitik womöglich hinderlich, so erwächst daraus eigentlich erst das Grundprinzip, das die Nachbarsprachenpolitik als solche überhaupt trägt.

3. Akteure in mehrsprachigen Grenzräumen

Die Omnipräsenz von Sprache in allen gesellschaftlichen Zusammenhängen bringt es mit sich, dass auch Sprachpolitik die vielfältigsten Formen annehmen kann. Entsprechend gehen sprachpolitische Impulse von den unterschiedlichsten Stellen aus, auf allen Ebenen der politischen Gestaltung (vgl. umfassend hierzu David 2024). Für Mehrsprachigkeitspolitik und die

Förderung von Nachbarsprachen gilt das ebenso wie in anderen sprachpolitischen Feldern.

Dabei lässt sich grundsätzlich nach zwei Richtungen entscheiden, nämlich zwischen Bottom-Up- und Top-Down-Ansätzen der Sprachpolitik: Gehen die Impulse von der Bevölkerung aus, von lokalen Initiativen und Gemeinschaften, und werden anschließend ggf. durch Institutionen begleitet und gefördert, oder werden sie von der politischen Ebene zunächst entwickelt um danach lokal umgesetzt zu werden? Die Trennung der beiden Handlungsrichtungen oder zwischen nicht-staatlichen und staatlichen Akteuren der Sprachpolitik ist dabei eher analytischer Natur, in der Praxis werden beide in der Regel ineinandergreifen bzw. zueinander in einer Austauschdynamik stehen, wie es auch Nekvapil (2009) als Grundlage des Konzepts von Language Management schildert. Für die Beurteilung des Erfolgs einzelner Maßnahmen ist gerade das Gelingen dieses Austausches der politischen Ebenen untereinander sowie der staatlichen und nichtstaatlichen Instanzen bedeutsam. In der Betrachtung einzelner sprachpolitischer Initiativen gilt es dabei zudem stets im Auge zu behalten, mit welchen Interessen und Motivationen sowie mit welchen Einflussmöglichkeiten die Akteure ihre jeweiligen Impulse in den sprachpolitischen Prozess einbringen (vgl. hierzu ausführlicher Nekula/Sherman/Zawiszová 2022).

Die folgenden Abschnitte beleuchten verschiedene Arten und Ebenen von Akteuren, die in der Nachbarsprachenpolitik aktiv sind.

3.1. EU und europäische Regionen

Die Europäische Union und andere staatenübergreifende Zusammenschlüsse wie der Europarat setzen in der Regel sehr allgemeine Rahmen der Sprachpolitik, die für Nachbarsprachen relevant und wirksam sein können. Ein EU-Kommissionsmitglied, das in der Ressortbezeichnung explizit für Mehrsprachigkeit zuständig ist, gibt es seit 2014 nicht mehr. Grundlegend sind auf gesamteuropäischer Ebene etwa Initiativen wie der jährliche Europäische Tag der Sprachen, mit dem die Sichtbarkeit von Mehrsprachigkeit gefördert und damit auch auf die Bedeutung von Nachbarsprachen aufmerksam gemacht werden kann. Zu den europäischen Rahmensetzungen lässt sich auch das 1+2-Prinzip zählen, demzufolge alle Bürger*innen der EU neben ihren Erstsprachen mindestens zwei weitere Sprachen lernen und beherrschen sollten. Als konkrete Umsetzung kann in Grenzregionen

auf staatlicher oder substaatlicher Ebene angestrebt werden, dass die Nachbarsprachen idealerweise Bestandteil dieser Sprachkombination sein sollten. So verweist etwa die Sächsische Landesstelle für frühe nachbarsprachige Bildung als Begründung für ihre Aktivitäten und Angebote explizit auf dieses Ziel der europäischen Ebene: „Gute Gründe für Nachbarsprache von Anfang an: Die Zukunft in Europa ist mehrsprachig. [...] Die EU-Staats- und Regierungschefs haben 2002 in Barcelona vereinbart, dass jede/r EU-Bürger/in seine Muttersprache plus zwei Fremdsprachen auf hohem Niveau beherrschen soll.“³

Anhand dieses Beispiels zeigt sich bereits die Verschränkung der europäischen mit der regionalen Ebene. In den Texten der Europäischen Union, die explizit auf Mehrsprachigkeit ausgerichtet sind, wird in der Regel nicht gesondert auf Nachbarsprachen bzw. die Rolle oder Besonderheiten von Grenzregionen eingegangen.⁴ Umgekehrt enthalten aber die EU-Programme zur Förderung politischer Projekte in Grenzregionen häufig Komponenten, die sprachpolitische Wirkung entfalten bzw. unmittelbar eine Förderung der Nachbarsprachen ermöglichen. Dies zeigt sich etwa in der Kohäsionsförderung mit Programmen wie Interreg und in zahlreichen Initiativen im Rahmen sogenannter Europaregionen, in denen grenzüberschreitend zusammengearbeitet wird.

Beispiele dieser Art von Zusammenarbeit sind die Europaregionen Maas-Rhein im Dreiländereck Belgien-Niederlande-Deutschland, die deutsch-dänische Region Sønderjylland-Schleswig oder die Euregio Pomerania im nördlichen Abschnitt des deutsch-polnischen Grenzgebiets. Der Begriff *Europaregion* oder *Euregio* ist nicht exakt bestimmt, so dass verschiedenste Zusammenschlüsse in unterschiedlichen Rechtsformen diese und ähnliche Bezeichnungen nutzen. Gemeinsam ist ihnen, dass darin üblicherweise Gebietskörperschaften unterhalb der gesamtstaatlichen Ebene aus verschiedenen Staaten zusammenarbeiten; bisweilen sind auch ganze Staaten beteiligt – Luxemburgs Mitarbeit in der Großregion ist ein Beispiel. Für die Sprachpolitik wie auch für zahlreiche andere Politikfelder bedeutet dies vor allem, dass der Gestaltungsspielraum bzw. die Kompetenzen bei

3 Vgl. Website der Sächsischen Landesstelle für frühe nachbarsprachige Bildung: <https://www.nachbarsprachen-sachsen.eu/de/warum-nachbarsprache-von-anfang-an.html>, letzter Zugriff 28.06.2022.

4 Vgl. etwa die Entschließung des Rates vom 21. November 2008 zu einer europäischen Strategie für Mehrsprachigkeit (2008/C 320/01) oder die Schlussfolgerungen des Rates vom 20. Mai 2014 zur Mehrsprachigkeit und zur Entwicklung von Sprachenkompetenz (2014/C 183/06).

den kooperierenden Partnern und auch die Teilnahme bzw. Einbindung der Bevölkerung sehr unterschiedlich weit gehen können (Ulrich 2021, Reents et al. 2024 bieten hierzu vertiefte Fallstudien im Vergleich u.a. aus dem deutsch-polnischen und dem deutsch-französischen Grenzgebiet).

Europäische Sprachpolitik bei der Förderung von Nachbarsprachen wird in den Europaregionen häufig indirekt wirksam, indem regionale und lokale Initiativen mit Mitteln aus EU-Programmen verwirklicht werden. Die europäischen Rahmenprinzipien wie Mobilität, Diskriminierungsfreiheit oder soziale und regionale Kohäsion werden entsprechend den spezifischen Bedingungen der Region ausgefüllt, unter anderem durch den Ausbau von Mehrsprachigkeit als Erleichterung des grenzüberschreitenden Zusammenlebens. In zahlreichen Vorhaben zur Kooperation in Europaregionen sind deshalb Projekte mit Bezug zur Nachbarsprache enthalten. Ein Beispiel ist die sogenannte *Sprachoffensive* der Euroregion Egrensis im deutsch-tschechischen Grenzraum, die sowohl breitere Ziele wie Schaffung von Bewusstsein und Offenheit für die Nachbarsprachen umfasst, als auch konkrete Einzelprojekte wie Sprachkurse und Lernmaterialien für Feuerwehr- und Rettungskräfte oder Vernetzungstreffen für Sprachlehrkräfte.⁵ Projekte wie *Nachbarsprache & buurcultuur* und *EMRLingua* in den Regionen Rhein-Waal und Maas-Rhein legen den Schwerpunkt auf den Schulaustausch mit der Bereitstellung von Lernmaterialien und wissenschaftlicher Begleitung (Boonen/Jentges/Sars 2018, Hovens 2023). Finanziert werden diese Maßnahmen, wie in vielen anderen Europaregionen auch, aus EU-Mitteln des Interreg-Programms im Rahmen des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung, der damit in der konkreten Wirkweise auch sprachpolitisches Handeln ermöglicht. An dieser Stelle greifen Top-Down- und Bottom-Up-Sprachpolitik stark ineinander, wenn in den Regionen bestimmte lokale Initiativen tätig werden, dafür aber die durch europäische Förderung gefestigten Strukturen nutzen und in die vorgegebenen Rahmenprinzipien eingebunden sind (vgl. die Diskussion in David 2024, S.167–172 zu den Einschränkungen und Potenzialen eines verschränkten Vorgehens der politischen Ebenen zur Gestaltung von Mehrsprachigkeit).

5 Vgl. <https://www.euregio-egrensis.de/sprachoffensive.htm>, letzter Zugriff 03. Juli 2022.

3.2. Bund und Länder

Explizite Sprachpolitik betreibt der Bund in Deutschland bislang nur in begrenztem Umfang. Zu den wenigen vorhandenen Regelungen mit direkter Wirkung gehören etwa die Festlegungen zum Deutschen als Verwaltungs- und Gerichtssprache oder Gesetzgebung zu Spracherfordernissen und -angeboten im Rahmen von Integrationskursen und zur Erlangung der Staatsbürgerschaft. Da das Deutsche als Sprache der Verwaltung und Justiz festgeschrieben ist, sind Möglichkeiten zur Nutzung von Nachbarsprachen in diesen Kontexten jenseits von zwischengeschalteter Übersetzung oder Dolmetschung bisher äußerst eingeschränkt. Dass im Publikumsverkehr bei Behörden die Nachbarsprache im Einzelfall genutzt wird, sofern die beteiligten Personen sie beherrschen, ist selbstverständlich nicht ausgeschlossen – verbindliche Regelungen und Schriftstücke müssen dennoch auf Deutsch erstellt werden und eine formale Nutzbarkeit oder gar ein Recht auf Nutzung der Nachbarsprachen wird in der Regel nicht eingeräumt. Ausnahmen gibt es vor allem im Falle des Dänischen durch seinen Status als geschützte Minderheitensprache: Dass Deutschland als Gesamtstaat beispielsweise die Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen ratifiziert hat, kommt mit Blick auf die ‚großen‘ Nachbarsprachen lediglich dem Dänischen durch seine Doppelrolle zugute, so dass es in Teilen Schleswig-Holsteins u.a. auch im Behördenkontakt genutzt werden kann. Als sehr spezifische weitere Ausnahme lässt sich die Französischsprachige Kammer für Handelssachen am Landgericht Saarbrücken nennen, die 2019 eingerichtet wurde. Zwar müssen auch dort alle Dokumente wie Entscheidungen oder Schriftsätze auf Deutsch vorliegen, Verhandlungen können aber auf Französisch geführt werden.

Die Bundesebene stützt sprachpolitisch letztlich vor allem die Dominanz des Deutschen. Sprachpolitik zugunsten der Nachbarsprachen – darunter auch die oben genannten Beispiele aus Verwaltung und Justiz – geht ansonsten zum überwiegenden Teil von den Bundesländern aus. Häufig muss dabei die Hürde des immer noch prägenden Prinzips eines einsprachigen Nationalstaats überwunden werden. Dass Sprachpolitik vor allem auf Länderebene gestaltet wird, liegt primär an den politischen Kompetenzen im Föderalismus. Sprachpolitische Regelungen fallen besonders häufig in den Bereich der Bildungs- oder der Kulturpolitik und damit in diejenigen Felder, die an erster Stelle von den Bundesländern geregelt werden. Die Sprachpolitik der Länder kann damit am ehesten als Top-Down-Politik im klassischen Sinne gewertet werden. Ähnlich wie im Fall der Europare-

gionen zeigt sich bei den Bundesländern ein äußerst komplexes Bild bei den Kombinationen grenzüberschreitender Partnerschaften und bei der Berücksichtigung unterschiedlicher Nachbarsprachen, die für die jeweiligen Bundesländer relevant sind (vgl. Raasch 2019, S. 470–472 für einen Überblick zu Besonderheiten der Grenzregionen mit Blick auf Sprachenlernen, Geiger-Jaillet Hrsg. 2010 für zahlreiche Fallbeispiele).

Am übersichtlichsten ist zunächst der Fall des Dänischen, das primär in Schleswig-Holstein (unter anderem) als Nachbarsprache Berücksichtigung findet. Aufgrund der Fährverbindungen nach Falster und Bornholm ist Dänisch aber zumindest potenziell auch in Mecklenburg-Vorpommern relevant.

Niederländisch als Nachbarsprache ist in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen etablierter Teil der Bildungs- und Sprachpolitik, dementsprechend auch der universitären Lehrkräfteausbildung und der Erwachsenenbildung (vgl. im Überblick Boonen/Meredig 2021). Nordrhein-Westfalen hat zugleich eine Nähe zum französischsprachigen Teil Belgiens, wobei das unmittelbare Grenzgebiet durch die Zugehörigkeit zur Deutschsprachigen Gemeinschaft nicht ohne Weiteres nur dem ‚nachbarsprachlich frankophonen‘ Raum zugeordnet werden kann. Französisch als Nachbarsprache, die nicht nur wie im Rest Deutschlands etablierte Schulfremdsprache ist, spielt hauptsächlich in Rheinland-Pfalz, im Saarland und in Baden-Württemberg eine Rolle (vgl. etwa Polzin-Haumann/Reissner 2020, S. 76–77, zum Stellenwert des Französischen an den Schulen im Saarland).

Bayern und Sachsen nehmen Tschechisch als Nachbarsprache in den Blick, wobei Sachsen gemeinsam mit Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern auch das Polnische zu den Nachbarsprachen rechnet (Martyniuk/Müller 2017 geben einen Überblick zum Polnischen im deutschen Bildungswesen).

Dieser kurze Rundumblick zeigt: Für die fünf ‚großen‘ Nachbarsprachen Dänisch, Niederländisch, Französisch, Tschechisch und Polnisch betreiben zehn deutsche Bundesländer mit direkter Grenzlage ihre jeweilige Sprachpolitik, teils für mehrere Nachbarsprachen zugleich. Hinzu kommen ggf. noch weitere, nicht direkt angrenzende, aber grenznahe Bundesländer: Thüringen mit seinem Anteil an der Euregio Egreensis im Südosten, Bremens räumliche Nähe zu den Niederlanden, Berlins Verbindungen nach Polen. Dies macht die Lage im Hinblick auf die Gestaltung nachbarsprachlicher Politik äußerst unübersichtlich, zumal gerade die flächengroßen Bundesländer wie Mecklenburg-Vorpommern oder Niedersachsen ihre Angebo-

te und Steuerinstrumente stark binnendifferenzieren und auf den unmittelbaren Grenzraum konzentrieren.

Diese Situation hat Konsequenzen für die Frage, ob und wie Nachbarsprachenpolitik koordiniert, verglichen oder übertragen werden kann, und zwar sowohl in innerdeutscher Perspektive als auch in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Eine Koordination aus einer Hand, wie sie beispielsweise im Rahmen der Kultusministerkonferenz gebündelt werden könnte, findet momentan nicht statt. Austausch und gegenseitige Beratung ergibt sich in der Regel aus Netzwerken zwischen einzelnen Akteuren lokaler Initiativen oder aus der Abstimmung einzelner Bundesländer miteinander. Ein länderübergreifender Maßstab zum Umgang mit Nachbarsprachen fehlt daher bislang. Ebenso verkompliziert sich die Lage für die Zuständigen in den jeweiligen Nachbarländern: Um nachbarsprachliche Politik multilateral zu gestalten, müssen bisweilen die Interessen mehrerer deutscher Bundesländer mit ihrem relativ großen Gestaltungsspielraum, verschiedenen Bildungssystem und politischen Prioritäten einbezogen werden. Ob im Nachbarland ein stark zentralistisch orientiertes Politiksystem vorliegt, wie in Frankreich, oder ein ebenfalls föderal aufgebautes, wie in Belgien, kann die Möglichkeiten zur Förderung der Nachbarsprache in der Partnerschaft stark beeinflussen: Wer ist formal der Arbeitgeber von Lehrkräften, wenn Austauschprogramme fest etabliert werden sollen? Lassen sich die Nachbarsprachen auf beiden Seiten der Grenze in der Berufsausbildung stärken, wenn die Ausbildungssysteme sich stark unterscheiden? Die Kompetenzweite der Bundesländer wiederum hat den Vorteil, dass sich viele sprachpolitische Instrumente relativ genau auf die Bedingungen des jeweiligen Grenzraums anpassen lassen, während dies in zentralistischen Systemen oft nur durch Ausnahmen oder Sonderprogramme gegenüber den allgemeinen Regelungen machbar ist (vgl. hierzu auch den Beitrag zum Vergleichsfall Frankreich am Ende des Bandes).

Aktuell ist die Ausgestaltung der Sprachpolitik in den Grenzbundesländern unterschiedlich umfassend sowohl im Hinblick auf die rechtliche Verbindlichkeit von Regelungen als auch auf deren Detailtiefe. Besonders explizite und stark abgesicherte Rechte gewährt Schleswig-Holstein dem Dänischen, in erster Linie im Rahmen des Status als Minderheitensprache, dabei gewissermaßen mit Sekundärwirkungen in seiner Stellung als Nachbarsprache. Als gut ausgearbeitet kann auch die Sprachpolitik des Saarlandes gelten, nicht nur im Rahmen der Frankreichstrategie, sondern auch durch die Erstellung eines umfassenden Sprachenkonzepts, das zuletzt 2019

überarbeitet und aktualisiert wurde (Landesregierung des Saarlandes/Universität des Saarlandes 2019). In ähnlicher Weise stellte auch Brandenburg im Jahr 2023 ein Mehrsprachigkeitskonzept vor, das Minderheiten-, Nachbar- und Herkunftssprachen verknüpfend behandeln soll.⁶ In den anderen Bundesländern sind politische Regelungen zumeist fragmentarisch oder einzelfallbezogen, oft auch im Rahmen von Projektförderungen zeitlich begrenzt. Verbindliche Festlegungen für die Nachbarsprachen, ausgestaltete Lehrpläne für alle Bildungsniveaus, dauerhafte Finanzierungen oder sogar ein rechtlich anerkannter Status der Nachbarsprache zur Verankerung gewisser Rechte auf Förderung und Nutzung sind jedenfalls nicht flächendeckend quer durch alle Grenzregionen vorhanden (vgl. Putzier et al 2022, S. 73 zu Desideraten mit Blick auf das Polnische).

3.3. Kommunale und lokale Initiativen

Die Berücksichtigung der örtlichen Besonderheiten gelingt logischerweise vor allem dort, wo lokal gehandelt wird. Zwar haben Kreise, Städte und Gemeinden keine Kompetenz zur Gesetzgebung im größeren Rahmen, dafür kommt ihnen an erster Stelle eine sprachpolitische Konkretisierungsfunktion zu. Die Kommunen sind zumeist Träger der Bildungseinrichtungen und können als solche gemeinsam mit Schulen und Kindergärten mitsteuern, wie viele und welche Lehrkräfte bzw. Erzieher*innen für die Vermittlung nachbarsprachlicher Kenntnisse benötigt und eingestellt werden. Der Bedarf bzw. das Interesse an solchen Angeboten, die potenzielle oder aktuelle Zahl der Lernenden lässt sich am besten vor Ort ermitteln. Auch über die Umsetzung bestimmter pädagogischer Konzepte für einzelne Lerngruppen oder ganze Einrichtungen wird in der Regel lokal entschieden. Dies ist von Bedeutung vor allem in den Flächenländern, bei denen die Bedürfnisse des unmittelbaren Grenzraums andere sind als in grenzferneren Regionen. In grenznahen Kommunen ist es bisweilen eher realistisch, eine Verankerung der Nachbarsprache in der gesamten örtlichen Bevölkerung anzustreben als in anderen Gegenden desselben Bundeslands, in denen stärker auf Modell- und Einzelprojekte für Interessierte gesetzt werden kann.

Ein Beispiel für sprachpolitische Gestaltung auf kommunaler Ebene ist das Projekt „Nachbarsprache in der Doppelstadt / Język sąsiada w Dwu-

6 Vgl. Pressemitteilung des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg vom 21.2.2023; <https://mbjs.brandenburg.de/aktuelles/pressemitteilungn.html?news=bbl.c.754495.de> (letzter Zugriff: 14.10.2024).

mieście“ in Frankfurt(Oder) und Slubice, das aus Interreg-Mitteln finanziert wird. Für einzelne Klassen an einzelnen Schulen der beiden Städte werden gezielt Angebote der jeweiligen Nachbarsprache für einige Hundert Schüler*innen unterstützt, mit einem Budget für die Einstellung von Lehrkräften, für Lernmaterialien und digitale Plattformen. Die sprachpolitische Effektivität solcher Programme hängt entscheidend vom funktionierenden Kontakt der Beteiligten ab, etwa weil die Kommunalpolitik einen direkten Dialog mit Schüler*innen, Eltern und Lehrkräften über die genaue Gestaltung des Projekts und die Auswahl der interessierten Einrichtungen führen kann. Auch hier zeigt sich die Verflechtung sprachpolitischer Top-Down-Ansätze (Entscheidungen der kommunalpolitischen Institutionen und europäische Finanzierung) mit Bottom-Up-Ansätzen (Impulse von lokal engagierten Einzelpersonen oder Vereinen).

Für sprachpolitische Maßnahmen außerhalb des Bildungswesens haben die Kommunen ebenfalls eine Schlüsselposition, etwa um gemeinsam mit ortsansässigen Unternehmern bestimmte Schwerpunkte in der lokalen Wirtschaft zu setzen, bei der Organisation von Kulturveranstaltungen oder in der Gestaltung der örtlichen Linguistic Landscapes.

3.4. Privatwirtschaft, Medien, Kultursektor

Zu den Akteuren der Sprachpolitik, die Bottom-Up-Ansätze in Bewegung setzen, gehören in erster Linie unterschiedlichste nicht-staatliche oder nicht-administrative Stellen, beispielsweise Kultureinrichtungen, die mehrsprachige Angebote ins Leben rufen und damit für Sichtbarkeit der Nachbarsprache sorgen – auch hier zumeist verflochten mit verschiedenen politischen Ebenen. Das zweisprachig deutsch-französische Bühnenkunstfestival *Perspectives* im Saarland und Lothringen wird beispielsweise getragen von der Stiftung für deutsch-französische kulturelle Zusammenarbeit und unterstützt von mehreren Kommunen sowie dem Saarland.

Privatwirtschaftliche Unternehmen, die z.B. Kundschaft aus den Nachbarländern gezielt ansprechen möchten oder innerhalb des deutschen Arbeitsmarktes nicht ausreichend Fachkräfte finden, entfalten mit ihren Entscheidungen ebenfalls sprachpolitische Wirkung. Unternehmen können ihre sprachpolitischen Entscheidungen mit Blick auf die Nachbarsprache sowohl für die innere wie die äußere Kommunikation ausdifferenzieren: Denkbar sind Regelungen oder emergente Praktiken zu Sprachkenntnissen oder -nutzung zwischen den Beschäftigten in der Berufspraxis oder für den

Umgang mit Externen wie der Kundschaft und Geschäftspartner*innen (vgl. etwa Lüdi 2010 zur Gestaltung mehrsprachiger Linguistic Landscapes zweier Unternehmen im Grenzraum Deutschland-Frankreich-Schweiz).

Kenntnisse der Nachbarsprache können Einstellungsvoraussetzung oder -vorteil sein, Unternehmen können die Erweiterung von Sprachkenntnissen in Aus- und Fortbildung gezielt fördern oder auch im Rahmen von Werbung und Information den Nachbarsprachen besondere Sichtbarkeit verleihen (vgl. Micka-Monz/Polzin-Haumann 2024 für ein Fallbeispiel aus der Berufsausbildung im Saarland). Entscheidungen, die einerseits unternehmerisch motiviert sind, können so andererseits auch sprachpolitisch wirksam werden. Aufgrund der weit verbreiteten Diskurse, die Sprachkenntnisse stark nach materiellem bzw. ökonomischem Wert beurteilen, können privatwirtschaftliche Unternehmen bisweilen entscheidend dafür sorgen, dass ein konkreter Nutzen der Nachbarsprachen anerkannt wird.

Selbst die Abwesenheit verbindlicher Regeln in einem Unternehmen kann eine sprachpolitische Entscheidung sein, durch die sich sprachliche Praktiken herausbilden, die den Umgang mit der Nachbarsprache fördern oder hemmen: Trépos et al. (2016) zeigen, wie in einem Automobilwerk in Lothringen die Nutzungsformen von Französisch und Deutsch in Unternehmensbereichen wie Produktion, Dienstleistungen und Leitungsebene auf unterschiedliche Weise sprachliche Grenzen verwischen oder neu schaffen.

Die kommunikativen Bedürfnisse etwa in Wirtschaft, Kulturleben oder Verwaltung sind von Bedeutung für die Ausrichtung sprachpolitischer Instrumente, vor allem in der Bildung: An wen richten sich Angebote zum Sprachenlernen, werden spezifisch fachsprachliche Kenntnisse bestimmter Branchen vermittelt, oder lässt sich ein stark segmentierter Bedarf an nachbarsprachlichen Kenntnissen nicht feststellen? Im Saarland ist beispielsweise die Verwendung des Französischen vom Berufsleben bis zu privaten Interessen so breit gestreut, dass in jedem Fall eine umfassende Vermittlung der Sprache in der allgemeinen Bildungslaufbahn notwendig ist, bevor anschließend individuell branchenspezifische Kenntnisse für den Arbeitskontext in der Berufsausbildung, im Studium oder der Erwachsenenbildung ergänzend erworben werden. (Krämer 2019: 44–45). Ähnliche Ergebnisse zeigten Untersuchungen zu Lernmotivationen von Polnischlernenden (Martyniuk/Müller 2017, S. 76) oder von Teilnehmenden an Niederländischkursen in Volkshochschulen, die in der Mehrheit ihre Sprachkenntnisse im Urlaub und zur Gestaltung sozialer Kontakte einsetzen wollten, ein durchaus bedeutender Anteil von etwa einem Fünftel der Befragten sah sie

aber auch als berufliche Qualifikation für den deutschen oder niederländischen Arbeitsmarkt (Jentges 2001: 14). Vergleichsstudien mit einheitlicher Methodik zu Lernmotivationen der Nachbarsprachen in den unterschiedlichen Grenzregionen bleiben ein Forschungsdesiderat.

Zu den Akteuren der Sprachpolitik gehören auch die Medien, deren politischen Rahmenbedingungen in Deutschland ebenfalls von den Ländern gestaltet werden. Redaktionen können u.a. für Sichtbarkeit der Nachbarsprachen sorgen, ihre Normalität und Alltäglichkeit mitbegründen und durch Berichterstattung anderen sprachpolitischen Maßnahmen größere Reichweite verleihen. Inhalte deutscher Medienhäuser in den jeweiligen Nachbarsprachen gibt es vereinzelt, etwa das französischsprachige *Journal de la semaine* und die bilingualen Kindernachrichten *Domino* beim Saarländischen Rundfunk oder das deutsch-dänische Online-Magazin *Grænzenlos* des Norddeutschen Rundfunks. Erneut zeigt sich die Überschneidung mit Medienangeboten für regionale Minderheiten oder Diaspora-Gemeinschaften: Die dänischsprachige Tageszeitung *Flensborg Avis* in Schleswig-Holstein richtet sich traditionell an das Publikum der regionalen Minderheit; die polnischsprachigen Inhalte von Radio COSMO des Westdeutschen Rundfunks zielen auf ein deutschlandweites Publikum und knüpfen nicht primär an Polnisch als Nachbarsprache in der östlichen Grenzregion an.

Gemeinsam ist diesen Medieninhalten, dass es sich in der Regel um einzelne Nischenangebote handelt, die von Interessierten gezielt rezipiert werden müssen, so dass die Nachbarsprachen nicht eingewoben in den Hauptprogrammen oder den regionalen Leitmedien einen selbstverständlichen Platz bekommen. Die durchaus umfangreich vorhandenen Formate zur grenzüberschreitenden regionalen Berichterstattung, häufig bereitgestellt von den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, sind dagegen praktisch immer rein deutschsprachig. Häufig wird bei audiovisuellen Inhalten wie Interviews die Nachbarsprache sogar durch Voice-Over-Übersetzungen auf Deutsch ausgeblendet. Bei der Beschreibung und Analyse nachbarschaftlicher Sprachpolitik verschiedener Regionen stellt sich demnach immer die Frage, ob und in welchem Umfang die regionalen Medien sich selbst als sprachpolitische Akteure sehen und positionieren.

3.5. Individuen – Sprachnutzung, Lernende und Lehrende

Sprachpolitik wird häufig in erster Linie als Entscheidungsfeld staatlicher oder institutioneller Akteure verstanden. Im weiteren Sinne sind aber auch Einzelpersonen sprachpolitisch aktiv – Spolsky (2019, S. 326–327) spricht in diesem Zusammenhang von „self-management“. Das gilt auch mit Blick auf Nachbarsprachen: Individuen treffen Entscheidungen, ob sie Kenntnisse der Nachbarsprache erwerben oder erweitern möchten bzw. ob ihre Kinder dies tun sollten, und sie richten ihr eigenes sprachliches Verhalten danach aus, ob sie die Nachbarsprache nutzen können oder möchten. Aus dieser Perspektive hat auch jede einzelne Begegnung mit potenziellen Sprecher*innen der Nachbarsprache eine sprachpolitische Dimension, wenn in der Interaktion ausgehandelt wird, wie die gemeinsam vorhandenen Sprachen verwendet werden (vgl. etwa Zinkhahn Robodes 2016a für den deutsch-polnischen Grenzraum). Aus der Aggregation aller Einzelentscheidungen erwächst das Maß der Präsenz einer Nachbarsprache in der Region: Wird sie nur sporadisch und zurückhaltend genutzt, oder selbstverständlich und weit verbreitet? Machen die Menschen selbst ihre Verwendung zur seltenen Ausnahme oder zum Regelfall?

Die Fähigkeit, Entscheidungen zur Sprachnutzung situationsangemessen treffen zu können, ergibt sich sowohl aus emergenten Praktiken und Kommunikationsgewohnheiten der Grenzregionen als auch aus der gezielten didaktischen Heranführung beim Erwerb der Nachbarsprache. So heißt es etwa in den Fachanforderungen für Dänisch in Sekundarschulen Schleswig-Holsteins: „Mündliche Kommunikation in Begegnungssituationen ist besonders in den Unterricht einzubeziehen. Autonome Lernformen [...] bereiten auf selbstständiges Sprachhandeln in Begegnungssituationen vor.“ (Ministerium für Schule und Berufsbildung Schleswig-Holstein 2016, S. 16) Dass ein solches Sprachhandeln letztlich stets auch eine mikropolitische Dimension hat, sollte entsprechend als Teil kritischen Sprachbewusstseins vermittelt werden. Pfeiffer/Auer (2019) zeigen eindrucksvoll am Beispiel des Grenzraums Baden-Elsass, wie mangelnde Erfahrung im Umgang mit dem jeweils anderen sprachlichen Repertoire zu kommunikativen Schwierigkeiten, unangenehmen Erlebnissen im grenzüberschreitenden Kontakt und letztlich zur Aktivierung negativer Stereotype führen kann. Die entscheidende Relevanz mehrsprachiger Routinen zeigt sich auch am Beispiel der Kommunikation von Rettungskräften, die im Einsatz effiziente Strategien zur Verständigung benötigen (vgl. Lisek 2020a zu einem Beispiel im deutsch-polnischen Grenzraum). Nachbarsprachenpolitik erfordert die

Schaffung von Strukturen, in denen Einzelpersonen informiert und reflektiert wiederum selbst sprachpolitisch wirksame Entscheidungen treffen können – nämlich den Erwerb und die Nutzung der Nachbarsprache in der Form, wie sie für die eigenen kommunikativen Bedürfnisse angemessen ist.

In welchem Umfang Bildungsangebote zum Erwerb der Nachbarsprache angenommen oder gar verlangt werden, lässt sich als ‚Grassroots-Sprachpolitik‘ interpretieren: Die erwartete oder geäußerte Nachfrage ist ein entscheidender Faktor bei der Entscheidung, ob in Kindergärten, Schulen, Berufsausbildung, Hochschulen oder Erwachsenenbildung das Erlernen der Nachbarsprache ermöglicht wird. Lernende nehmen dadurch Einfluss auf Sprachpolitik, indem sie die Relevanz und Präsenz der Nachbarsprache stärken. Adler/Plewnia/Ribeiro Silveira (2024) zeigen mit einer deutschlandweiten Befragung, dass nach dem Englischen das Französische als zweithäufigste erwünschte Schulfremdsprache genannt wurde, Polnisch und Niederländisch lagen im niedrigen einstelligen Bereich wohingegen Dänisch oder Tschechisch nur sporadisch genannt wurden. Regionale Effekte sind hierbei aber durchaus sichtbar, beispielsweise in der höheren Erwünschtheit des Polnischen in den östlichen Grenzlandländern.

Die Forschung zur nachbarschaftlichen Mehrsprachigkeit steht in erster Linie vor der Herausforderung, die notwendige Datenbasis zur Analyse und zum Vergleich zu erlangen. Daten zum Lernen von Nachbarsprachen werden durchaus in vielen Fällen erhoben, etwa von den Schulbehörden, Ministerien oder Statistikämtern der Länder, sie sind aber nicht immer leicht zugänglich und zudem durch verschiedene Erhebungsmethoden zwischen den Bundesländern oft schwer vergleichbar. Hinzu kommt die bereits mehrfach erwähnte Unschärfe der Kategorien bei Sprachangeboten kanonischer Schulsprachen (Französisch), regionaler Minderheitensprachen (Dänisch) oder Herkunftssprachen (Polnisch).

Das Statistische Bundesamt lässt in der deutschlandweiten Statistik zu Fremdsprachenlernenden in den Schulen abgesehen von Französisch die vier anderen Nachbarsprachen in der Kategorie „andere Sprachen“ aufgehen (Destatis 2022).⁷ Als zentrale Quelle für vergleichende Daten zur Anzahl der Lernenden ist diese Erhebung also untauglich. Für einen Über-

7 Eine ähnliche Schwierigkeit ergibt sich bei der Frage nach der Präsenz der Nachbarsprachen als Familiensprachen in Deutschland. Darüber könnten Daten aus dem Zensus Auskunft geben, die Form der Abfrage ist allerdings methodologisch äußerst fragwürdig: Gefragt wurde stets nur nach genau einer Sprache in der Familie. Unter

blick der Nachbarsprachen müssen die Daten demnach aus verschiedenen Stellen zusammengeführt werden – die nachfolgenden Beiträge in diesem Band enthalten soweit zugänglich die entsprechenden Zahlen. Eine Herausforderung für die künftige Forschung wird es sein, bessere Vergleichbarkeit herzustellen, etwa durch Zusammenstellung von Daten auf Basis möglichst einheitlicher Kriterien.⁸

Dass eine solche ‚Glättung‘ von Daten für die vergleichende Forschung nicht immer möglich ist, liegt auch daran, dass die Zahlen selbst innerhalb eines Bundeslandes bisweilen nicht einheitlich bereitgestellt werden. Ein Beispiel hierfür sind die sogenannten *Feuilles de route* der saarländischen Landesregierung, mit denen in regelmäßigen Abständen die Fortschritte der Frankreichstrategie des Landes dokumentiert und die Vorhaben der nachfolgenden Jahre skizziert werden. Bei der Inventarisierung nachbarsprachlicher Angebote in den Grundschulen wurden zwischen den verschiedenen Ausgaben der *Feuilles de route* mehrfach die Zählweise geändert (Landesregierung des Saarlandes 2014–2024). Selbst gut zugängliche Datenquellen offizieller Stellen sind also nicht uneingeschränkt verwertbar. Soweit die Anzahl der Lernenden eine Aussagekraft als quantifizierbare Kenngröße für die Wirkung nachbarsprachlicher Mehrsprachigkeitspolitik besitzt, lässt sich dieser Wert deshalb nicht ohne Weiteres erheben und vergleichen.

Neben den Lernenden sind selbstverständlich auch Lehrende zentrale Figuren der nachbarschaftlichen Sprachpolitik. Dies beginnt bei ihrer Entscheidung, überhaupt die Nachbarsprache zu unterrichten, und setzt sich bei der Art der Vermittlung fort. Lehrkräften der in Deutschland noch weniger häufig gelernten Sprachen Polnisch und Tschechisch kommt in dieser Hinsicht eine Schlüsselposition zu, weil sie das Feld der sich entwickelnden Sprachlehre erschließen. Dazu gehört etwa die Arbeit mit neuen Lehrmaterialien bzw. überhaupt ihre Erstellung, zudem sind bei den seltener unterrichteten Sprachen die Angebote zur Aus- bzw. Fortbildung von Lehrkräften ebenfalls begrenzt, sowohl was Standorte als auch die Häufigkeit betrifft. Damit ist der Unterricht besonders stark abhängig von der individuellen Gestaltung durch die Lehrkraft. Eine Befragung von Niederländisch-Lehrkräften an Volkshochschulen ergab etwa einen Bedarf vor

den vorgegebenen Sprachen finden sich Französisch und Polnisch, ansonsten wird lediglich eine Sammelkategorie „andere europäische Sprache“ verwendet (Adler 2019).

8 Noch komplizierter sind Vergleiche über die Staatsgrenzen hinweg, wie etwa anhand der Zahlen zum Sprachenlernen im Dreiländereck Deutschland – Belgien – Niederlande deutlich wird (Hovens 2023, S. 17–42).

allem an der Erweiterung didaktischer Fähigkeiten und an Lehrmaterialien (Jentges 2001, S. 18–19). Auch bei einer im Bildungswesen etablierten Sprache wie dem Französischen ist bei Lehrkräften das Bewusstsein für die Potenziale und Besonderheiten des Unterrichts in einer Grenzregion und die eigene gestaltende Rolle dabei oft noch ausbaufähig (vgl. Putsche/Faucompré 2017 mit einer Befragung von Lehrkräften am Oberrhein).

Die Art und Weise, wie die Nachbarsprachen im Unterricht gezeigt werden hat eine deutliche sprachpolitische Komponente. Im Unterricht wird entscheidend das Bild mitgeprägt, das die (künftigen) Sprecher*innen von der Nachbarsprache entwickeln. Ob Initiativen zur Förderung von Nachbarsprachen zustande kommen und auch langfristig beibehalten werden hängt entscheidend davon ab, ob interessierte, qualifizierte Lehrkräfte zu finden sind und ob deren Engagement von Eltern, Schüler*innen und Schulverwaltungen unterstützt wird.

3.6. Nachbarsprachen und Linguistic Landscapes

Ein Forschungsansatz, der eine vergleichende Betrachtung zum Stellenwert der Nachbarsprachen in den Grenzregionen ermöglicht, ist das Feld der *Linguistic Landscapes*, also der Sichtbarmachung von Nachbarsprachen im öffentlichen Raum. In allen Grenzregionen ist inzwischen beiderseits der Grenze die jeweilige Nachbarsprache zu sehen, eine größer angelegte Untersuchung mit Vergleichscharakter wäre in diesem Bereich vielversprechend. Interessant wäre beispielsweise, genauer die räumliche Ausdehnung zu untersuchen, in der die Nachbarsprache von der Grenze aus noch sichtbar ist und ab welcher Distanz die Dichte ihrer Nutzung nachlässt. Nützlich wären zudem Informationen etwa zur Frage, ob die Nachbarsprachen in ähnlichen Diskursfeldern oder mit ähnlicher Autorschaft eingesetzt werden und wo sich entscheidende Unterschiede bei der Häufigkeit und Qualität finden, mit der die Nachbarsprache repräsentiert wird. Als Grundlage kann auf einen durchaus beachtlichen Umfang an Studien zu einzelnen Grenzregionen zurückgegriffen werden, deren Inventarisierung und Nutzbarmachung für den Vergleich noch aussteht. So findet Lisek (2020b) etwa deutliche Parallelen bei der Präsenz des Deutschen in den polnischen Grenzstädten Ślubice und Świnoujście, obwohl letztere als Tourismusdestination einen anderen ökonomischen Schwerpunkt hat. Stärker anwendungsorientiert sind Ansätze, die Linguistic Landscapes als Anknüpfungspunkt für didaktische Instrumente bei der Vermittlung der Nachbarsprache heran-

ziehen wie es etwa Jentges/Sars (2021) für den deutsch-niederländischen Grenzraum beschreiben.

Linguistic Landscapes sind nicht zuletzt deshalb ein aussagekräftiger Forschungsgegenstand, weil sie bisweilen gezielt als sprachpolitisches Instrument eingesetzt werden, also Gegenstand expliziter Sprachpolitik staatlicher Akteure sind. Die saarländische Landesregierung nimmt beispielsweise bei den Grundlagen ihrer Frankreichstrategie explizit Bezug auf mehrsprachige Beschilderung der öffentlichen Hand und anderer Akteure, nämlich aus dem Bereich der Mobilität: „Dabei sollte öffentliche Kommunikation von staatlicher Seite, sei es in Formularen, Schildern, Hinweistafeln oder ähnlichem, bei Erneuerungsbedarf sukzessive zweisprachig angepasst werden. Nicht nur das Land, sondern auch die Kommunen und Verkehrsunternehmen wie die Deutsche Bahn und die Saarbahn können hierzu einen wichtigen Beitrag leisten.“ (Landesregierung des Saarlandes 2014, S. 9) Eine deutlich wahrnehmbare Verstärkung der Sichtbarkeit des Französischen hat sich in den zehn Jahren seit der Formulierung dieser Zielsetzung jedoch noch nicht gezeigt.

Neben der rein praktischen, informativen Funktion umfassen Linguistic Landscapes eine deutlich indexikalische Dimension als Erscheinungsformen, an denen man den Stand der Mehrsprachigkeit, die Position und Wertung der Nachbarsprache in der Grenzregion ablesen kann. Marx/Nekula (2014, S. 61–64) zeigen am Beispiel von Organisationen im deutsch-tschechischen Grenzgebiet, dass Nachbarsprachen als Kombination klar trennbarer Einzelsprachen auftreten können, aber durch die Nutzung struktureller Überschneidungen das Verwischen von Grenzen auch innersprachlich abgebildet wird. Die Überlagerung der Sprachräume durch Präsenz der Nachbarsprache und weiterer Sprachen setzt sich auch in den Linguistic Landscapes fort bis in die innersprachliche Form, wie Nekula (2021, S. 414) beobachtet: „Teilweise ist auch eine visuelle Verschmelzung der Sprachen bzw. Aufhebung der trennscharfen linearen Grenze, die sprachnationale Separation impliziert, festzustellen. Diese geschieht oft im Logo, der Bezeichnung oder den Artefakten mehrsprachiger Institutionen, Städte oder Regionen.“

Zudem wird deutlich, dass Eingriffe oder Ergänzungen ‚von unten‘ durch Hinzufügung improvisierter Beschilderung Aufschluss darüber geben, wo das Vorhandensein der Nachbarsprache als besonders erwünscht oder notwendig angesehen wurde. Auch bei der Gestaltung von Linguistic Landscapes wirken auf diese Weise politische oder rechtliche Rahmenbedingungen und staatliche Akteure zusammen mit Impulsen nicht-öffentlicher Ak-

teure, so dass sich verschiedene Ebenen der Sprachpolitik mit bottom-up- und top-down-Impulsen kreuzen.

3.7. Reaktive und proaktive Sprachpolitik: zurück zu Spracheinstellungen

Betrachtet man die verschiedenen Akteure und die Wirksamkeit nachbarsprachlicher Politik, so hängt der Erfolg der Initiativen vor allem davon ab, dass top-down- und bottom-up-Impulse passend ineinandergreifen und nicht gegeneinander arbeiten. Das wiederum setzt voraus, dass auf den verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen und in einem signifikanten Teil der Bevölkerung die Notwendigkeit gesehen wird bzw. Interesse daran besteht, Kenntnisse und Nutzung der Nachbarsprache zu fördern. Ein entscheidender Faktor hierbei sind Spracheinstellungen und damit verknüpfte politische Haltungen, also die Frage, wie die Nachbarsprache bewertet wird, mit welchen Erwartungen und Vorstellungen sie verbunden ist.

Noch fehlt es an umfassenden Einstellungsstudien zu den unterschiedlichen Nachbarsprachen in den Grenzregionen Deutschlands, die auf Basis kongruent erhobener Daten Vergleichbarkeit gewährleisten und es dadurch ermöglichen, die Ansätze und Herausforderungen in den unterschiedlichen Kontexten abzugleichen. Sichtbar wird dies schon am Beispiel verschiedener Teilräume des deutsch-französischen Grenzgebiets: Mit einem qualitativen Ansatz arbeiten Pfeiffer/Auer (2019) besonders negative Stereotype im badisch-elsässischen Grenzraum heraus, durch die grenzübergreifende Verständigung behindert wird. Manche der dort sichtbaren Haltungen wie nationalistische Abwehrreflexe lassen sich auch in den qualitativen Daten für den saarländisch-lothringischen Raum in Krämer (2019) finden, wobei allerdings die dortigen quantitativen Ergebnisse in der Gesamtschau eine deutlich positivere Wahrnehmung der sprachlichen Nachbarschaft nahelegen. Die auf den ersten Blick widersprüchlichen Befunde gehen sicherlich auf unterschiedliche Forschungsfragen und -methoden zurück, aber auch auf die regionalspezifischen Verhältnisse. Vor allem aber spiegeln sie die insgesamt uneinheitliche Haltung der Bevölkerung wider, die keineswegs ein homogenes Ganzes in Bezug auf Nachbarsprachenpolitik bildet. Prozesse des Bordering und Debordering, etwa mit Blick auf Sprach- und Kommunikationsräume, ergeben sich aus komplexen Wechselwirkungen nicht nur gegebener äußerer Faktoren sondern auch überlagernder, einander verstärkender oder sich gegenseitig schwächender Verhaltensweisen (Wille 2024, S. 43–64).

Im Umgang mit diesen Widersprüchen ist eine Kernfrage für die Analyse und den Vergleich der verschiedenen Regionen besonders wichtig: Ist die Sprachpolitik mit Blick auf die Nachbarsprachen reaktiv oder proaktiv? Nimmt sie eine vorhandene Nachfrage für bzw. ein bereits gegebenes Interesse an der Nachbarsprache auf und sorgt dafür, dass dem entsprochen wird? Oder macht sie es sich zur Aufgabe, größeres Interesse und weitere Nachfrage zu schaffen und zu fördern? Aus politischen Diskursen in den jeweiligen Regionen scheint durch, dass zumeist zweiteres das Ziel ist, dass also die Attraktivität der Nachbarsprache und damit die Nachfrage und Nutzung gesteigert werden soll. In diesem Fall gibt sich die Politik eine Aufgabe der Prestigeplanung als spezielle Form der Statusplanung im Sprachenverhältnis, also eine erwünschte Verbesserung des Bildes, das Menschen vom Status der Nachbarsprache in der Gesellschaft haben (vgl. Janich 2011, S. 543 zum Konzept der Prestigeplanung). Dies ist sicherlich die anspruchsvollere Form der Sprachpolitik, weil sie deutlich häufiger auf Widerstände oder zumindest Desinteresse stoßen kann und sie unter größerem Legitimationsdruck steht: Warum sieht man es als Aufgabe, ein Interesse zu schaffen, das womöglich bei Teilen der Bevölkerung noch nicht vorhanden ist? Unter Gesichtspunkten der zunehmenden grenzüberschreitenden Verflechtung und auch der europäischen Leitlinien von Verständigung und Zusammenarbeit ist dies gut begründbar. Die Herausforderung liegt jedoch stets darin, die Verknüpfung dieser übergeordneten Ziele mit konkreten sprachpolitischen Initiativen überzeugend zu erklären.

4. Versuch einer Systematik der Nachbarsprachen Deutschlands

Wenn auch detaillierte Vergleiche der nachbarsprachlichen Politik noch viel Potenzial für die künftige Forschung bieten, so lässt sich zumindest im Ansatz bereits eine erste Gesamtschau der fünf ‚großen‘ Nachbarsprachen versuchen. Stellt man grob die Position dieser Sprachen in den Bildungssystemen Deutschlands und in der Gesellschaft insgesamt gegenüber, bieten sich vier Kriterien zu Einordnung an, die sich aus bisher beschriebenen Bedingungen ergeben: (1) Die Zahl der Lernenden, (2) die Frage, ob sie neben den Grenzräumen auch bundesweit im Bildungssystem berücksichtigt werden, (3) die Entwicklungstendenz als Zunahme oder Abnahme der Lernendenzahlen, und (4) Spracheinstellungen gegenüber den Nachbarsprachen. Anhand dieser vier Kriterien zeichnen sich für die Nachbarsprachen drei

Typen ab, die wir als ‚kanonisierte‘, als ‚etablierte‘ und als ‚aufstrebende‘ Nachbarsprachen erfassen können.

	Zahl der Lernenden	Überregionale Bedeutung als Bildungssprache in Deutschland	Tendenz Lernendenzahl	Spracheinstellungen
Kanonisierte Sprache: Französisch	+++	+	+-	+
Etablierte Sprachen: Dänisch, Niederländisch	++	-	+-	++
Aufstrebende Sprachen: Polnisch, Tschechisch	+	-	+	+-

Tabelle 1: Systematik der Nachbarsprachen Deutschlands

Französisch kann als kanonisierte Sprache gelten, weil es von allen hier relevanten Sprachen klar am häufigsten gelernt wird – die Lernendenzahl beträgt im Vergleich zu den anderen vier Sprachen ein Vielfaches, sowohl in der Grenzregion als auch bundesweit. Französisch kann zudem als einzige dieser Sprachen als deutschlandweit kanonischer Teil des schulischen Sprachangebots gelten. In der Tendenz zeigt sich bei der Lernendenzahl ein ambivalentes Bild: Bundesweit geht die Anzahl der Lernenden in den letzten Jahren zurück und Französisch steht zunehmend in Konkurrenz zum Spanischen, das große Beliebtheit genießt. In den Grenzregionen werden allerdings die Angebote zum Erwerb des Französischen erweitert, insbesondere in Grundschulen und Kindergärten, so dass hier eine wachsende Zahl junger Lernender erreicht werden kann und die Erwerbsdauer durch den frühen Beginn zumindest potenziell länger ist. Die Einstellungen gegenüber dem Französischen sind im Großen und Ganzen positiv, aber mit Einschränkungen: Negative nationale Stereotype gegenüber Frankreich sind weiterhin zu finden und das Erlernen des Französischen an sich gilt oft als schwierig und mühsam (Polzin-Haumann 2015, Schwender 2018). Eine Rolle spielt dabei womöglich auch die Tatsache, dass Französisch im Bildungsangebot öfter als selbstverständlich erwartet gilt oder gar verpflichtend ist, während die Entscheidung zum Erlernen der Nachbarsprache in den anderen Fällen bewusster und aufgrund stärker intrinsischer Motivation fallen kann.

Dänisch und Niederländisch lassen sich als etablierte Sprachen einstufen. Die Anzahl der Lernenden ist mit jeweils einigen Tausend stabil, wobei durch die größere Bevölkerung in der westlichen Grenzregion die Anzahl im Falle des Niederländischen deutlich höher liegt als beim Dänischen. Beide Sprachen sind in den regionalen Bildungssystemen schon seit längerer Zeit fest verankert, während sie bundesweit fast ausschließlich im Rahmen der Erwachsenen- und Freizeitbildung wie etwa den Volkshochschulen oder an einzelnen Standorten an Universitäten gelernt werden. Abgesehen von gelegentlich negativen ästhetischen Beurteilungen genießen beide Sprachen sowie die Nachbarkulturen und -länder weitgehend positive Einstellungen.

Als aufstrebende Nachbarsprachen können Polnisch und Tschechisch betrachtet werden. Die Anzahl der Lernenden ist verhältnismäßig niedrig, wenn auch der Abstand zum Dänischen schrumpft. Die Zahl der Lernenden ist auf niedrigem Niveau steigend, die Verankerung der Nachbarsprachen im Schulwesen jedoch erst deutlich rezenter als bei den beiden etablierten Sprachen. Beide sind was die Berücksichtigung in allgemeinbildenden Schulen oder Kindergärten betrifft stark auf die Grenzregionen begrenzt und werden deutschlandweit meist nur im Bereich von Hochschulen und Erwachsenenbildung angeboten, herkunftssprachlicher Unterricht kommt überregional in den Schulen hinzu. Im Bereich der Spracheinstellungen sind mit Blick auf Polnisch und Tschechisch größere Bemühungen notwendig, um negative Haltungen abzubauen. Hochleitner (2013, S.16) spricht mit Blick auf die Grenzregionen Sachsens und Bayerns von einem „Aufbruch in Raten“ und stellt fest: „Die Entwicklung der Nachbarsprache Tschechisch, ebenso wie Deutsch, ist von Brüchen, Pausen und teilweise auch von Rückschlägen geprägt.“

Eine (tentative) Typologie dieser Art erlaubt einen besseren Abgleich von best practice oder gemeinsamen Herausforderungen in den verschiedenen Grenzregionen: Wo gilt es ähnliche Probleme zu lösen; welche Sprach- und Grenzräume mit ähnlichen Voraussetzungen lohnt es sich besonders zu betrachten, um erfolgreiche Konzepte zu übernehmen? Die oben versuchte Einordnung der Sprachen nach diesen Kriterien ist selbstverständlich grob und provisorisch, nicht zuletzt aufgrund der schwierigen Vergleichbarkeit oder Verfügbarkeit von Daten. Eine Überprüfung und Verfeinerung dieser Einschätzungen ist also erstrebenswert, um Vergleich und Transfer tragfähiger zu machen. Dies gilt nicht nur für Informationen zur Anzahl der Lernenden und zu ihren Lernprofilen, -biographien oder -motivationen, sondern insbesondere auch für die Forschung zu Spracheinstellungen in den

verschiedenen Grenzregionen und deren Auswirkungen auf die Sprachpolitik.

Wichtige weitere Kenngrößen wären beispielsweise die Anzahl derjenigen, die die Nachbarsprache bereits beherrschen auch ohne sie aktuell zu lernen oder die Anzahl der potenziell Interessierten. Auch umfassendere Daten zur tatsächlichen Nutzung der Nachbarsprachen in verschiedenen Verwendungsdomänen mit vergleichstauglicher Erhebungsmethode wären notwendig. Eine unvermeidbar bleibende Unschärfe der Kategorien ist dabei durchaus erwünscht, ermöglicht sie doch ein besseres Erkennen von Verbindungen zwischen den Grenzübereichen auf Basis ihrer Gemeinsamkeiten, wie es das Konzept des *Linking* anstrebt (Schank/Fellner 2024, S. 28).

Ein Kriterium, das für die Ausrichtung der Mehrsprachigkeitspolitik von Bedeutung ist, liegt im Verhältnis der jeweiligen Nachbarsprachen als *incoming*- und *outgoing*-Sprachen: Wie häufig wird im Rahmen grenzüberschreitender Mobilität außerhalb Deutschlands das Deutsche oder die dortige Nachbarsprache verwendet; wie häufig wird innerhalb Deutschlands die benachbarte Sprache oder das Deutsche genutzt? Erste Daten von Befragten im Saarland zeigen beispielsweise, dass das Französische ungefähr in gleichem Maße als *incoming*- und *outgoing*-Sprache verwendet wird (Krämer 2019, S. 43).

Für die Grenzregionen ergibt sich letztlich eine Art Matrix der Sprachverwendung, die für jede Nachbarsprache einzeln beschreibbar ist:

	in Deutschland	im Nachbarland
Deutsch	Deutsch incoming	Deutsch outgoing
Nachbarsprache	Nachbarsprache incoming	Nachbarsprache outgoing

Tabelle 2: Verwendungsmatrix für Deutsch und die Nachbarsprachen als incoming- und outgoing-Sprachen

Welche der Parzellen dieser Matrix besonders häufig gewählt werden, unterscheidet sich von einer Grenzregion zur anderen und von einer Kommunikationssituation zur anderen. Ergänzend kommt als weitere Option das Englische hinzu, besonders in Regionen, in denen die Beherrschung der Nachbarsprachen begrenzt bleibt. Eine genauere Kartierung dieser Verhältnisse für jede der Nachbarsprachen birgt noch großes Forschungspotenzial. Die Ergebnisse wären hilfreich für die Ausrichtung sprachpolitischer Instrumente, die darauf abzielen, die Verteilung in der Matrix ausgeglichener zu gestalten. Dies ist vor allem dort erstrebenswert, wo das Deutsche im

Gesamtverhältnis überrepräsentiert ist und die Verantwortung sprachlicher Annäherung unverhältnismäßig oft bei den Sprecher*innen aus dem Nachbarland liegt.

5. Wie viele Nachbarsprachen?

In den vorangegangenen Abschnitten standen die fünf Sprachen im Mittelpunkt, die als offizielle Sprachen der Nachbarländer besondere Aufmerksamkeit erhalten und die Gegenstand sprachpolitischer Impulse zur grenzüberschreitenden Verständigung sind. Mit diesen fünf Sprachen ist für Deutschland die Kategorie *Nachbarsprache* aber nur unzureichend erfasst. Weitere Sprachen erfüllen bestimmte Kriterien, die es rechtfertigen, sie ebenfalls als Nachbarsprachen aus deutscher Perspektive anzusehen.

5.1. Nachbarsprache Luxemburgisch

Unter den offiziellen Sprachen der Nachbarländer wird häufig das Luxemburgische übersehen, obwohl es staatlich anerkannt und in der gesamten Gesellschaft von zentraler Bedeutung ist. Aus der Außenperspektive wird oft davon ausgegangen, dass Luxemburgischkenntnisse nicht notwendig seien, weil in Luxemburg die Kommunikation auf Deutsch oder Französisch in der Regel gelingt. Luxemburg wird daher häufig eher dann betrachtet, wenn die Rolle von Französisch als Nachbarsprache diskutiert wird – das ist sachlich aufgrund der wichtigen Stellung des Französischen nicht unzutreffend, aber dennoch mit Blick auf die komplexe Mehrsprachigkeit der luxemburgischen Gesellschaft unvollständig.

Luxemburgisch spielt eine wichtige Rolle in unterschiedlichen Bereichen: Teils auf dem Arbeitsmarkt, aber vor allem auch für informelle Kontakte, privaten Umgang und als Ankerpunkt der Identifikation. Es kann daher für Außenstehende durchaus sinnvoll sein, Luxemburgisch zu beherrschen, besonders wenn man mehr als sporadischen Kontakt zu bzw. in Luxemburg hat.

Die Typologie der Nachbarsprachen lässt sich demnach mit dem Luxemburgischen erweitern, das man als ‚punktuelle‘ Nachbarsprache klassifizieren kann.

	Zahl der Lernenden	Überregionale Bedeutung als Bildungssprache in Deutschland	Tendenz Lernendenzahl	Spracheinstellungen
Punktueller Sprache: Luxemburgisch	(+)	--	+	+

Erweiterung von Tabelle 1: Luxemburgisch in der Systematik der Nachbarsprachen Deutschlands

Die Anzahl der Lernenden auf der deutschen Seite der Grenze ist verglichen mit den anderen Nachbarsprachen marginal. Innerhalb Deutschlands ist Luxemburgisch auf schulischer Ebene am mehrsprachigen Schengen-Lyzeum in Perl vertreten, ansonsten gibt es einige Angebote in der Erwachsenenbildung, vor allem in Volkshochschulen der unmittelbar grenznahen Städte und Landkreise in Rheinland-Pfalz und dem Saarland. Die Nachfrage nach Luxemburgischkursen ist im Land selbst allerdings stabil oder sogar steigend, vor allem durch die anhaltende Attraktivität des Arbeitsmarktes in Luxemburg. Spracheinstellungen gegenüber dem Luxemburgischen bzw. überhaupt metasprachliches Wissen über das Luxemburgische auf der deutschen Seite der Grenze verdienen eine eingehendere Untersuchung. Es lässt sich vermuten, dass diese positiv ausfallen, viele die luxemburgische Sprache aber wahrscheinlich aufgrund der Nutzbarkeit von Deutsch und Französisch schlicht nicht als kommunikative Ressource in der Grenzregion wahrnehmen. Durch die strukturelle Nähe der angrenzenden moselfränkischen Dialekte dürfte für viele zudem das Luxemburgische weniger als gezielt erwerbbare Nachbarsprache mit eigenem Standard im Mittelpunkt stehen, weil es rezeptiv als relativ schnell und intuitiv zugänglich gilt.

5.2. Nachbarsprachen erster und zweiter Ordnung

Unter einem etwas weiter gefassten Begriff von Nachbarsprachen lassen sich neben den bisher genannten noch weitere Sprachen erfassen, die aus einer räumlichen Perspektive von Deutschland aus als benachbart gelten können. Dies gilt etwa für Schwedisch: Zwar teilt Deutschland keine Landgrenze mit Schweden, dennoch gibt es vielfältige direkte Verbindungen, etwa auf dem Seeweg. Damit kommt es zumindest in einigen Gegenden an der Ostseeküste etwa in Rostock oder auf Rügen durchaus zu Begegnungen, deren Kommunikationsgewohnheiten und -bedürfnisse denen anderer

grenzüberschreitender Kontexte an den Landgrenzen ähneln: Einkaufstourismus, Geschäftsbeziehungen oder Gemeinde- und Schulpartnerschaften. In der schulischen Bildung ist Schwedisch ein Nischenangebot; in Hochschulen und der Erwachsenenbildung ist es dagegen durchaus verbreitet lernbar, auch deutschlandweit. Im öffentlichen Raum findet sich Schwedisch etwa als Teil der Linguistic Landscapes eher punktuell, sei es in den relevanten Verbindungsorten an der Küste oder an einzelnen Stellen mit historisch-touristischer Verbindung zu Schweden.

Ähnlich wie Schwedisch kann auch Italienisch als benachbarte Sprache gelten. Zwar ist das italienische Sprachgebiet von Deutschland durch Österreich und die Schweiz getrennt, dennoch ist es durch die Alpenquerungen aus Süddeutschland relativ rasch erreichbar und vor allem durch den Tourismus eine Sprache sehr häufiger Begegnungen – dies gilt auch in umgekehrter Richtung etwa für München als Zielort vieler Besuche aus Italien. Das Italienische ist zwar nicht im direkten räumlichen Sinn Nachbarsprache Deutschlands, sehr wohl aber Nachbarsprache des Deutschen. Seit Langem ist das Italienische im Bildungswesen etabliert, sowohl als hier und da angebotene Wahlfremdsprache als auch als Herkunftssprache. Durch alle Schularten und Altersstufen hindurch lernten im Schuljahr 2020/21 etwa 45.000 Schüler*innen deutschlandweit Italienisch als Fremdsprache, ein knappes Viertel davon in Bayern und Baden-Württemberg (Destatis 2022). Es hat zudem als Sprache mit einer großen Sprachgemeinschaft und durch die Geschichte der Einwanderung in den Nachkriegsjahrzehnten eine gewisse Präsenz im Bewusstsein der Mehrsprachigkeit Deutschlands, die ihm auch hin und wieder Sichtbarkeit verleiht – ein Beispiel ist die Sprachwahl bei schriftlichen Hinweisen der Deutschen Bahn, die als vierte Sprache oft Italienisch einschließt. Inwiefern es besonders in Süddeutschland neben diesen verschiedenen Verknüpfungen auch als Nachbarsprache mit besonderer regionaler Relevanz betrachtet und auch sprachpolitisch begleitet wird, ließe sich noch genauer dokumentieren.

Während die sechs ‚Nachbarsprachen erster Ordnung‘ unmittelbar per Landgrenze an das deutsche Staatsgebiet anschließen, könnte man Schwedisch und Italienisch vor diesem Hintergrund als ‚Nachbarsprachen zweiter Ordnung‘ bezeichnen: Es gibt frequente und relativ rasche Verbindungen zwischen dem jeweiligen Sprachgebiet und Deutschland, wenn auch keine direkte Berührung der mehrheitssprachlichen Räume an einer gemeinsamen Staatsgrenze zu Land. Dies wirft letztlich die Frage auf, in welchem Umfang diese Sprachen in einer nachbarschaftlichen Sprachpolitik berücksichtigt werden können oder sollten.

5.3. Deutsch als Nachbarsprache

In den vorausgegangenen Abschnitten dieses Beitrags wurde eine Sprache noch wenig in den Blick genommen, nämlich das Deutsche. Es ist dennoch von zentraler Bedeutung, und zwar auf zwei verschiedenen Ebenen: Das Deutsche ist (1) die dominante bzw. offizielle Sprache in gleich mehreren Nachbarländern und -regionen, die an Deutschland angrenzen, und (2) aus der Außenperspektive der benachbarten Länder und Regionen jeweils die spiegelbildliche Nachbarsprache.

Fall (1) scheint zunächst sprachpolitisch trivial, wenn man Österreich, die deutschsprachige Schweiz und Ostbelgien schlicht als gleichsprachig annimmt. Bedenkt man allerdings die Zusammensetzungen der jeweiligen Varietätengefüge und die Wahrnehmung des bundesdeutschen Standards in den Nachbarländern, ergeben sich daraus durchaus Herausforderungen für den Umgang auch mit dem benachbarten Deutschen (vgl. Auer 2005, S. 22–27 zur Herausbildung sprachlicher Unterschiede als Effekt der südlichen Staatsgrenzen, Lochtman 2022 zu subtilen Differenzen in Höflichkeitsstrategien im deutsch-belgischen Grenzgebiet). Auf Basis der plurizentrischen Situation, dem verschiedenen Stellenwert der Dialekte und der unterschiedlichen Position des Deutschen in den Konstellationen der Mehrsprachigkeit gilt ganz klar: Das Deutsche ist sehr wohl seine eigene Nachbarsprache. Dies sollte entsprechend ein Aspekt der sprachlichen Bildung mit dem Ziel eines kritischen Sprachbewusstseins besonders in den Grenzregionen sein, um auch im deutschsprachigen Raum eine respektvolle grenzüberschreitende Kommunikation zu gewährleisten.

In Fall (2) gilt das umso mehr: In den Grenzregionen ist ein besonders geschärftes Verständnis dafür notwendig, was es bedeutet, selbst Sprecher*in einer Nachbarsprache als Zielsprache des Gegenübers zu sein. Das beinhaltet etwa kommunikative Routinen wie sprachliches Entgegenkommen, Geduld und Variationstoleranz beim Umgang mit Menschen, die aus den Nachbarländern nach Deutschland kommen und dort Deutsch sprechen. Es beinhaltet aber auch das notwendige metasprachliche Wissen zur nötigen Sensibilität beim Deutschsprechen jenseits der Grenze, wenn dies die dort genutzte Sprache der Wahl in der konkreten Situation ist. In allen Grenzgebieten und in allen Konstellationen sind Asymmetrien zu berücksichtigen, sowohl was den Stellenwert der Nachbarsprachen in den Bildungssystemen beiderseits der Grenze angeht als auch im Hinblick auf das Prestigeverhältnis in den Sprachpaaren.

Für die Grenzregionen wird das Konzept der Nachbarsprachen- oder Grenzsprachendidaktik seit geraumer Zeit diskutiert und ausgearbeitet; es umfasst vor allem spezifische Instrumente zum Umgang mit kommunikativen Besonderheiten im Grenzraum und zur Nutzung der Vorteile direkter Nachbarschaft beim Sprachenlernen (vgl. Raasch 2019 zum Konzept, Hansen/Hallsteinsdóttir 2022 für eine Diskussion am Beispiel des deutsch-dänischen Grenzgebiets). Gerichtet ist das Konzept dabei primär auf die jeweils ‚andere‘, zusätzlich zu erwerbende Sprache. Nachbarsprachendidaktik bedeutet aber auch, dass in den Grenzregionen Deutschlands bei der Didaktik des Deutschen die nachbarschaftliche Dimension der eigenen Sprache mitgedacht werden sollte. Dass die benachbarten Sprachen inklusive des Deutschen in unterschiedlichem Ausmaß jeweils als *incoming*- und als *outgoing*-Nachbarsprachen verwendet werden, muss deshalb in der Mehrsprachigkeitspolitik abgebildet werden.

Künftiges Forschungspotenzial liegt einerseits in genaueren Untersuchungen zur sprachpolitischen Begleitung der deutschsprachigen Nachbarschaft im Süden, andererseits zur Berücksichtigung der jeweils eigenen Sprache als Nachbarsprache einschließlich des Deutschen in Deutschland.

6. Potenziale und Grenzen des Begriffs ‚Nachbarsprache‘

Anhand der vielen notwendigen Nuancierungen entscheidender Faktoren wie Seegrenzen, historischen Übergangsräumen, Mobilitätsbedingungen oder offizieller wie gesellschaftlicher Mehrsprachigkeit in den Grenzräumen wird sichtbar, dass eine trenngenaue Kategorisierung von Nachbarsprachen nie vollends befriedigend sein wird. Die Einstufung von Französisch, Niederländisch, Dänisch, Polnisch und Tschechisch als ‚die Nachbarsprachen Deutschlands‘ wirkt intuitiv zutreffend, greift aber alleine genommen zu kurz. Vielmehr müssen wir von einem komplexen Gefüge oder einem Kontinuum verschieden intensiv gelebter sprachlicher Nachbarschaften ausgehen.

Knopp/Jentges (2022, S. 1) stellen zutreffend fest: „Der Begriff ‚Nachbarsprache‘ ist sowohl in der Alltagssprache als auch im Wissenschaftsdiskurs noch im Begriff sich zu etablieren.“ Betrachtet man die Vielfalt der mehrsprachigen Situationen und Biographien in den Grenzregionen und die sprachpolitischen Zielsetzungen, so lohnt es sich, das Konzept und den Begriff *Nachbarsprache* als solche einer kritischen Würdigung zu unterziehen, um die fortdauernde Begriffsschärfung zu begleiten.

6.1. Nachbarsprachen als Teil des ‚Wir‘

Populär wurde die Bezeichnung *Nachbarsprache* aus dem Streben heraus, dass die Sprachen der Nachbarländer mehr sein sollten als *Fremdsprachen*, als die sie (wenn überhaupt) lange Zeit in der Schule vermittelt wurden (Knopp/Jentges 2022, S. 2–3). Weder die Sprache noch die Menschen im Nachbarland sollten ‚fremd‘ sein und die Distanz, die mit dem Begriff aufgerufen und reproduziert wird, sollte im Rahmen der europäischen Annäherung schwinden.

Denkt man in dieser Richtung weiter, so bietet aber auch der Begriff der *Nachbarsprache* gewisse Einschränkungen. Letztlich ist die sprachpolitische Zielsetzung, diese Sprachen auch in der eigenen Region diesseits der Grenze zu verankern. Sie soll also gerade nicht nur die Sprache bleiben, die ‚nebenan‘, in der Nachbarschaft gesprochen wird, sondern zum sprachlichen Repertoire der Bevölkerung beiderseits der Grenzen selbstverständlich dazugehören. Nachbar*innen sind ‚die Anderen‘ und nicht ‚wir selbst‘ – es geht aber darum, sich diese Sprachen ebenfalls zu eigen machen, damit sie Teil dessen wird, was das ‚Wir‘ ausmacht. So strebt beispielsweise die saarländische Landesregierung explizit an, die starke Verankerung des Französischen im Saarland im Rahmen der Frankreichstrategie auch als Differenz- und Alleinstellungsmerkmal zu anderen Gegenden Deutschlands aufzubauen.

Die Problematik des Begriffs *Nachbarsprache* liegt also genau in ihrem Doppelcharakter als *outgoing*- und *incoming*-Sprache zugleich, die jeweils beiderseits der Grenze bedarfsgerecht genutzt werden kann. Langfristig ist damit auch denkbar, dass sich eine stärkere Verankerung der Sprache im *Diesseits* der Grenze in positiv besetzten Einstellungen gegenüber den Variations- und Kontakteigenheiten niederschlägt. Das Konzept *Nachbarsprache* setzt im Grunde weiterhin voraus, Modell und Norm der Sprache im anderen Land zu verorten und diese auch als Zielnorm zu erwerben. Ein positives Sprachbewusstsein des Grenzraums könnte dagegen die Besonderheiten aus der Mehrsprachigkeit einbinden und damit die exogene Normhierarchie überwinden (vgl. Krämer 2019, S. 66–67 zu den Potenzialen eines *français sarrois* im Saarland).⁹

9 Kühl (2015, S. 250–252) weist allerdings für das Dänische in Südschleswig darauf hin, dass eine Loslösung vom Standardmodell Dänemarks womöglich eine Schwächung des Minderheitenschutzes bedeuten könnte, der sich gerade aus der Anbindung an die größere Sprachgemeinschaft und den dänischen Staat speist.

6.2. ‚Nachbarsprache‘ als trennende Kategorie?

Zwar war der Begriff *Nachbarsprache* ursprünglich vor allem als Zeichen stärkerer Annäherung und des Abbaus von Fremdheit gedacht, dennoch birgt er auch ein Potenzial des Ausschließens oder der Trennung. Dies liegt nicht nur an der Verlagerung der Sprache ins ‚Außen‘ der Nachbarschaft, sondern auch an den verschiedenen Möglichkeiten metaphorischer oder wörtlicher Nachbarschaften sowie deren Verbindungen mit Sprache. Nimmt man die Nachbarschaften des tatsächlichen Wohnumfeldes in den Blick, findet man dort in den Grenzregionen Deutschlands wie andernorts auch eine Vielzahl von Sprachen wieder: In direkt benachbarten Häusern oder Wohnungen leben Menschen, die etwa Türkisch, Arabisch, Ukrainisch, Kurdisch, Albanisch oder Tigrinya sprechen – also Sprachen, die mit dem Begriff der *Nachbarsprache* üblicherweise nicht erfasst werden, die aber gerade von Nachbar*innen im Wortsinne verwendet werden. Stattdessen werden sie häufig mit anderen Labels kategorisiert, etwa als Herkunfts- oder Familiensprachen, als ‚migrantische‘ Sprachen oder als Sprachen ‚neuer‘ Minderheiten. Sie werden dementsprechend auch in der Sprachpolitik anders behandelt, indem sie beispielsweise im Bildungswesen durch gesonderte Sprachangebote (oder gar nicht) berücksichtigt werden und insgesamt anderen Politikfeldern zugeordnet werden: Weniger der Europa- und Regionalpolitik als vielmehr der Migrations-, Integrations- und Diversitätspolitik. In der Praxis kann dies hemmend wirken, wenn eine Sprache wie Polnisch zugleich als Nachbar- und Herkunftssprache angeboten werden soll, aber die Regelungsgrundlagen und Finanzierungen an verschiedene politische Schwerpunkte angebunden sind. Das Konzept der Nachbarsprache hat damit durchaus hierarchisierende und trennende Wirkung, wenn je nach Sprachgemeinschaft die Mehrsprachigkeit verschieden bewertet und gestaltet wird. Um solche Hierarchisierungen zu verringern oder zu vermeiden, sind besonders im Bildungswesen passende Ansätze notwendig, die individuelle mehrsprachige Profile wertschätzend aufgreifen und dafür sorgen, dass die Vermittlung der Nachbarsprache nicht für einen Teil der Lernenden zu einer Zugangs- und Gerechtigkeitshürde wird (vgl. Wegner/Schank 2019 als Beispiel aus der Großregion).

Problematisch wird die Kategorisierung nicht zuletzt dort, wo sich ‚häusliche‘ und nationalstaatliche Nachbarschaft nicht klar voneinander trennen lassen. Dies wird einerseits am Beispiel des Dänischen als Nachbar- und Minderheitensprache deutlich, aber auch beim Polnischen oder Tschechischen mit dem simultanen Status als Diasporasprache, die jedoch im

Unterschied zur dänischsprachigen Gemeinschaft nicht als Sprache einer ‚nationalen‘ oder ‚traditionellen‘ Minderheit behandelt werden. Lokal begrenzt trifft die Doppelrolle als zweifache Nachbarsprache sogar auf das Luxemburgische zu, weil sich aufgrund des angespannten Immobilienmarkts immer mehr Menschen aus Luxemburg im grenznahen Deutschland ansiedeln (Wille/Roos 2018).

Nachbarsprache kann also eine abtrennende Kategorie sein, um Mehrsprachigkeit einzuteilen und Privilegien zu vergeben, von denen bestimmte Sprachen ausgeschlossen bleiben.

Dass der Begriff *Nachbarsprache* in seiner aktuellen, gängigen Verwendung stark verknüpft ist mit dem Konzept des (National)Staates, ist an sich bereits eine epistemologische Einschränkung. Mit dem Verständnis von *Nachbarsprache* als ‚Sprache des Nachbarlandes‘ lässt sich sehr leicht die konzeptuelle Bindung von Sprachen an Nationalstaaten reproduzieren, und damit eine gedankliche Verknüpfung, gerade mit der Förderung von Mehrsprachigkeit in Grenzregionen und die Verankerung der jeweiligen Sprache diesseits der Grenze überwunden werden soll.

Dadurch entsteht eine konzeptionelle Unterscheidung von sprachlichen Nachbarschaften, die womöglich ähnlich funktionieren und ähnliche Initiativen notwendig machen, ohne dass nationalstaatliche Grenzen im engeren Sinne im Spiel sind. Die französisch-niederländische Sprachgrenze in Belgien ist etwa ein solcher Fall. Hinzu kommt die Frage der sprachlichen Variation, etwa die Einbeziehung der Dialekte und grenzüberschreitenden Dialektkontinua in ihrem Verhältnis zu den überdachenden Standardsprachen, die vor allem an den nördlichen und westlichen Grenzen Deutschlands relevant ist: Betrachtet man nicht die offiziellen Standardsprachen als wichtigste Größe, sondern die historisch gewachsenen Dialekträume, ergeben sich gänzlich andere Nachbarschaftsverhältnisse als es die Staatsgebiete und -grenzen vorzugeben scheinen (vgl. z.B. Rispaal 2018, Huck 2018 zu den fränkischen und alemannischen Dialekten in Lothringen und im Elsass sowie den angrenzenden Ländern; Höder/Winter 2020 zu den dialektalen Übergangsgebieten im deutsch-dänischen Grenzgebiet). Dies gilt jedenfalls für die Teile der Bevölkerung, die den jeweiligen Dialekt der Region noch beherrschen. Im grenznahen Frankreich betrifft dies in Regel fast nur noch die älteren Generationen. Die Wirkung der Staatsgrenze als Sprachgrenze droht sich also zu verstärken, was wiederum die Förderung der Nachbarsprachen umso bedeutsamer macht, um diese Entwicklung zu bremsen oder gar zu revidieren.

Um sich die sprachstrukturellen, politischen und epistemologischen Beschränkungen des Konzepts *Nachbarsprache* klarer zu machen, lohnt auch ein Blick über Europa hinaus: Ndhlovu (2013) diskutiert ähnliche Fragen mit Blick auf „vehicular cross-border languages“ in Afrika, wenn auf Basis von Sprachen mit großer Verbreitung wie Swahili oder Hausa die staatenübergreifende Integration vorangetrieben werden soll, letztlich aber erneut die Abgrenzbarkeit sprachlicher Einheiten und deren nationalstaatliche Verankerung als Grundlagen kaum aufgelöst werden können.

Als in der politischen Programmatik zumeist unbeantwortete Frage steht deshalb immer im Raum, ob Nachbarsprachenförderung wirklich ein post-nationales Vorhaben sein kann und ob sie dies in den Augen der maßgeblichen Akteure überhaupt sein soll.

6.3. Begriffliche Alternativen zur ‚Nachbarsprache‘?

Die im vorigen Abschnitt genannten Einschränkungen zeigen die Problematik des Konzepts *Nachbarsprache*. Eine Reihe anderer Begriffe wäre für das Sprechen über Mehrsprachigkeit in Grenzregionen denkbar – allerdings haften auch ihnen jeweils gewichtige Nachteile an:

Brückensprache: Damit ließe sich die verbindende Funktion der Sprache betonen und anknüpfen an ein häufig gewähltes Motiv für Zusammengehörigkeit in den Grenzgebieten, v.a. an den Flussgrenzen wie an Rhein, Mosel, Oder und Neiße. Die Brücke passt symbolisch zum Überwinden kommunikativer Barrieren: In den Fachanforderungen für den Sprachunterricht des Dänischen ist von einer „Brückenfunktion“ die Rede, die „den Handlungsspielraum nach Norden öffnet.“ (Ministerium für Schule und Berufsbildung Schleswig-Holstein 2016, S. 12). Allerdings dient die Brückenmetapher oft als Ausdruck für eine Zwischenstufe, die teleologisch ausgerichtet ist auf ein höheres, eigentliches Ziel, vergleichbar etwa in Begriffen wie *Brückentechnologie* – damit also als etwas, das nur als vorübergehende Lösung vorgesehen ist. Die Nachbarsprache hingegen soll gerade dauerhaft verankert werden. Mit ‚Brückensprachen‘ werden etwa Sprachen bezeichnet, die als früher erworbene Sprache das spätere Erlernen weiterer Sprachen erleichtern können – damit liegt der Fokus auf der Funktion im Erwerb des mehrsprachigen Repertoires und weniger im nachbarschaftlichen Verhältnis (als Beispiel für Französisch als so verstandene Brückensprache im Saarland vgl. Polzin-Haumann/Reissner 2020, S. 79).

Freundschaftssprache oder *Partner(schafts)sprache*: Im europapolitischen Diskurs sind Freundschaft und Partnerschaft feste Größen, gerade in den Beziehungen zu den Nachbarländern. Genau deshalb könnten die beiden Begriffe allerdings als euphemistische Werberhetorik verstanden werden. Im Zusammenhang mit den Sprachen könnte zudem ein falscher Eindruck entstehen, nämlich dass damit zu sehr ins Private vorgedrungen werden soll. Nicht für alle in den Grenzregionen ist das direkte persönliche Umfeld der primäre Nutzungsbereich der Nachbarsprache, häufig wird sie eher im Arbeitskontext oder für sporadische, eher anonyme Begegnungen im Servicebereich verwendet. Der Begriff *Partnersprache* ist darüber hinaus schon im Bereich bilingualer Kindergärten und Schulen geläufig als Bezeichnung derjenigen Sprache, die ein Kind in der Familie nicht oder seltener verwendet und die daher in der Schule gestärkt wird. Dies kann in Bildungseinrichtungen der Grenzregion durchaus die Nachbarsprache sein, in manchen Fällen ist die Verteilung aber genau umgekehrt – daraus können Verwechslungen entstehen.

Nähesprache: Damit ließe sich die Bedeutung der Sprachen relativ neutral benennen, die sich aus der unmittelbaren räumlichen Nähe im Grenzraum ergibt – im Unterschied etwa zur Relevanz des globalen Englischen. Die Einwände zu den Verwendungsdomänen aus dem vorherigen Abschnitt dürften auch hier zutreffen, zudem ist der Begriff zumindest in der Linguistik bereits besetzt durch das einflussreiche Modell zur Sprachvariation nach Nähe- und Distanzsprache von Koch/Oesterreicher (1985).

Regionalsprache oder *Regionssprache*: Ähnlich wie bei *Nähesprache* könnte der Begriff die Dimension der regionalen Relevanz im Grenzraum stärker hervorheben und damit auch verdeutlichen, dass die Sprache gerade nicht fest an den Nationalstaat gebunden sein muss. Die Rolle der grenzüberschreitenden Euroregionen oder einer gemeinsamen regionalen Identifikation beiderseits der Grenze könnte damit auch mit der Sprachbezeichnung noch einmal unterstrichen werden. Allerdings ist das Konzept der *Region* in vielen Fällen unscharf und der Begriff stünde im Widerspruch zu der Sichtweise, dass mit den Sprachen neben der Kommunikation im Grenzraum auch ein weitaus größerer Sprach- und Kulturbereich erschlossen werden kann. Besonders ungünstig wäre außerdem die Begriffsüberschneidung mit der Kategorie der *Regionalsprache* als eigene Sprachgruppe mit politisch-rechtlichem Status etwa in Frankreich (vor allem im Falle der Dialekte in Lothringen und im Elsass), in den Niederlanden (Nieder-sächsische Dialekte im Nordosten des Landes) oder auch mit Blick auf das Niederdeutsche als geschützte Regionalsprache in Norddeutschland.

Zudem wird in der Fachtradition der Germanistik bisweilen auch für Regiolekte des Deutschen als Variationsebene oberhalb der lokalen Dialekte der Begriff *Regionalsprache* verwendet.

Angesichts der Einwände und Einschränkungen, die alle genannten Alternativen mit sich bringen, erscheint vorläufig ein Festhalten am Begriff der *Nachbarsprache* gerechtfertigt, so wie es auch in diesem Beitrag und dem gesamten Band gehandhabt wird. Es ist dennoch empfehlenswert, die Nachteile des Begriffs und die möglichen sozialen oder sprachpolitischen Auswirkungen seiner weiteren Nutzung zu reflektieren.

6.4. Nachbarsprachen und Grenzen – Grenzen des Begriffs „Nachbarsprache“

Wie sich in den vorausgegangenen Überlegungen gezeigt hat, bleibt das Konzept „Nachbarsprache“ einerseits nützlich und notwendig, andererseits aber in seinem Wesen prekär. In vielerlei Fällen ergeben sich in den Grenzräumen rund um Deutschland gewisse Unschärfen im Hinblick darauf, welche Nachbarschaft genau gemeint ist, wo diese beginnt und endet und wie sie sich zu anderen sprachlichen Kategorien verhält. Das Konzept *Nachbarsprache* ist wohl eher als ein Kontinuum zu sehen denn als klar unterteilbare Größe. Die oben vorgeschlagene Einteilung in kanonische, etablierte, aufstrebende und punktuelle Nachbarsprachen oder in solche erster und zweiter Ordnung ergibt bereits an vielen Stellen Überschneidungen anhand der verschiedenen Kategorien, die sich bei einer verfeinerten Systematik sicherlich noch vermehren.

Dies gilt nicht zuletzt auch im Verhältnis zu anderen gängigen Begriffen wie *Erst-* und *Zweitsprache* oder *Muttersprache*. Das 1+2-Modell der Europäischen Union, auf das viele sprachpolitische Grundlagen weiterhin Bezug nehmen, geht in der Regel von einer Muttersprache aus, zu der zwei oder mehr weitere Sprachen hinzutreten sollen. Das Modell entspricht für sehr viele Menschen in Europa ohnehin nicht der mehrsprachigen Realität, geht aber auch an den Zielsetzungen bei der Förderung von Nachbarsprachen vorbei. Diese sollen in der Sprachkombination im Idealfall einen besonderen Status haben, den sie u.a. dadurch erlangen, dass sie ab einem frühen Alter erworben werden, in vielen Fällen bereits im Kindergarten oder der Grundschule. Die Nachbarsprache ist dadurch keine „Muttersprache“ im herkömmlichen Sinne, weil sie nicht unbedingt im Familienkontext erworben wird, aber sehr wohl eine Frühsprache, deren Vertrautheit größer

sein soll als jene mit den weiter erworbenen Schulsprachen im späteren Alter. Auch in dieser Perspektive aus der oft unhinterfragten Trennung zwischen Mutter- und Fremdsprachen ergibt sich für die Nachbarsprache die Frage der Abgrenzung, weil sie sich schwer einer Seite zuordnen lässt.

Trotz alledem kommt auch Nachbarschaft als solche ohne ein Konzept der Grenze nicht aus. Nachbarschaft setzt ein deiktisches Verhältnis zwischen einem *Hier* und einem *Nebenan* voraus. Das *Nebenan* muss dabei in nächster Nähe liegen: Wer *Nachbar* ist, muss *nahbar* sein, auch wenn dieser Zusammenhang weitgehend deetymologisiert ist. Die Nähe der Nachbarschaft macht es aber nicht unbedingt nötig, dass zwei Räume sich unmittelbar berühren, wie sich an den Nachbarsprachen zweiter Ordnung ablesen lässt. Ebenso kann die Nachbarschaft so nah herantreten, dass die Räume – seien es geographische oder soziale – sich sogar überlappen. An dieser Stelle ergibt sich für die Linguistik und verwandte Disziplinen großes Forschungspotenzial im Themenfeld der Nachbarsprachen in Grenzregionen, denn „aus diesen Prozessen der Grenzauflösung ergeben sich zwischen unterschiedlichen, benachbarten sozialen, räumlichen oder zeitlichen Einheiten regelmäßig untersuchungsbedürftige Konstellationen eines ‚overlap‘.“ (Schiffauer et al. 2018, S. 19)

Unterschiedliche Arten der Nachbarschaft hängen von verschiedenen Arten ihrer Abgrenzungen ab, mit anderen Worten: Es gilt, verschiedene Formen der Liminalität, der Grenzhaftigkeit von Sprachräumen einzubeziehen, um das Konzept *Nachbarsprache* einigermaßen vollständig zu erfassen. Es liegt auf der Hand, dass die Liminalitäten von Nachbarschaft kontextbedingt sind, so dass die räumliche Ausdehnung der Übergangszonen und die Tiefe der Möglichkeiten für sprachliche Übergangspraktiken sich unterscheiden können (Leutloff-Grandits/Wille 2024, S. 22–24). In einem dicht besiedelten Ballungsraum mit knappem Wohnraum sind die unmittelbaren Nachbar*innen andere als in einem ländlichen Gebiet, wo zwischen benachbarten Häusern größere Distanzen liegen können. Diese Bedingungen gelten auch für Nachbarsprachen bzw. nachbarsprachliche Räume. Der fließende Übergangsraum des dänisch-deutschen Sprachgebiets bedingt eine andere Art der Nachbarschaft als das Aneinanderliegen zwischen dem deutschen und polnischen Sprachraum, das durch den Eindruck der Flüsse und die teils weit auseinander liegenden Grenzübergänge deutlich schärfer abgegrenzt wirkt (ohne es jedoch in dieser Absolutheit zu sein).

Das Auflösen scharfer Abgrenzungen von Sprachräumen ist auch das Ziel von nachbarsprachlicher Politik. Durch die Förderung der Sprache, die

konzeptionell zunächst nur jenseits der Grenze verortet wird, und durch ihre Verankerung im Innen soll die Wirkung der Staatsgrenze als Sprachgrenze gemindert, im abstrakten Ideal mehr oder weniger aufgelöst werden. So formuliert es auch die saarländische Landesregierung in ihrem Europabericht des Jahres 2022: „Die Großregion ist insofern bereits in die Welt von morgen eingetreten, in welcher die Praxis der Nachbarsprache nicht auf die andere Seite der Grenze eingeschränkt bleibt.“ (Landesregierung des Saarlandes 2022, S. 129) Erfasst man Liminalität als Eigenschaft von Grenzräumen im Sinne von „Zwischenzonen zwischen sozial-kulturellen Kategorien, zwischen räumlichem Innen und Außen“ (Schiffauer et al. 2018, S. 16), so ist genau die Erschaffung einer solchen Zwischenzone das erklärte Ziel der Frankreichstrategie im Saarland, das zu einem „multilingualen Raum deutsch-französischer Prägung“ werden soll (Landesregierung des Saarlandes 2014, S. 9). Die Zielsetzungen gehen dabei oft über Mehrsprachigkeit an sich hinaus, wenn ein insgesamt mehrkultureller Übergangsraum entstehen soll (Jańczak 2016b).

Letztlich strebt Nachbarsprachenpolitik also nach Debordering, das sowohl von politisch-administrativer Seite als auch in bottom-up-Initiativen aus der Bevölkerung betrieben wird und anknüpft an die wachsende grenzüberschreitende Mobilität, die in allen Grenzräumen rund um Deutschland zu beobachten ist (für den deutsch-französischen Grenzraum vgl. Krämer, ersch.). Boonen/Jentges/Sars (2018: 106) etwa beschreiben die Zielsetzung des Interreg-Projektes *Nachbarsprache & buurcultuur* mit Blick auf Debordering-Effekte wie folgt: „Der direkte zwischenmenschliche Kontakt kann die Barriere-Wirkung der Grenze für zukünftige Generationen nivellieren, so dass diese die Möglichkeiten der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit optimal zu nutzen wissen.“

Die langfristige Perspektive ist diejenige eines sprachlichen Übergangsgebiets, in dem die Staatsgrenze zwar noch administrative und rechtliche Funktionen behält, die aber ansonsten für das sprachliche Verhalten im Einzelfall höchstens eine ungefähre Orientierungsfunktion erfüllt. Eine praktisch unvermeidliche und deshalb politisch mindestens zu akzeptierende wenn nicht sogar gezielt geförderte Folge ist die Zunahme von sprachinternem Debordering, also das Überschreiten von Grenzen zwischen den Systemen (vermeintlich) trennbarer Einzelsprachen in der Sprachverwendung (Nekula 2021, S. 408–412; Dost/Jungbluth/Richter 2020, S. 201–202). Die Nachbarschaft der Sprachen verortet sich dann weniger im politischen Territorium als vielmehr im Repertoire der Sprecher*innen der Grenzregion, und in der konkreten Interaktion, wo aus diesem Repertoire nach

Bedarf geschöpft werden kann, inklusive der Überschreitung konstruierter Grenzen zwischen den Sprachsystemen und der Nutzung ihrer Konvergenzen (vgl. erneut Zinkhahn Rhobodes 2016, Jańczak 2016a, konzeptionell auch Jungbluth 2012).

Ziel nachbarsprachlicher Politik ist es, die ohnehin vorhandene Unschärfe an den Rändern der Sprachgebiete zu halten oder sogar zu verstärken, also Übergangsräume statt Grenzlinien zu schaffen und dabei den sprachlichen Verschmelzungsbereich von der prototypisch scharf gezogenen politischen Grenze unabhängiger zu machen. Nachbarsprachenpolitik ist auf allen Ebenen ein Ansatz, die Ordnung der nationalsprachlichen Dominanz um eine Ordnung der Überlappung zu ergänzen. Es muss dabei immer berücksichtigt werden, dass die Begrifflichkeit der *Nachbarsprache* zwar den Abbau kommunikativer Trennung beabsichtigt, selbst aber die Wahrnehmung der Grenze als einer Ordnung des sprachlichen Raums als ein „Hier“ und ein „Dort“ ungewollt festigen kann. Wo nach Permeabilität der Grenze durch Sprachkenntnisse gestrebt wird, wird zugleich die Durabilität eben jener Grenze in der Raumwahrnehmung gestärkt. Das Konzept *Nachbarsprache* ist letztlich zwar abhängig vom Existieren von Grenzen, selbst aber nicht perfekt eingrenzbar und intrinsisch verknüpft mit dem Ziel der Grenzauflösung.

Literatur

- Adler, Astrid (2019): Sprachstatistik in Deutschland. In: Deutsche Sprache 47/3, S. 197–219.
- Adler, Astrid/Ribeiro Silveira, Maria (2020): Spracheinstellungen in Deutschland – Was die Menschen in Deutschland über Sprache denken. In: Sprachreport 4/36, S. 16–24. DOI: <https://doi.org/10.14618/sr-4-2020-adl>
- Adler, Astrid/Plewnia, Albrecht/Ribeiro Silveira, Maria (2024): Welche Fremdsprachen sollen in der Schule unterrichtet werden? In: Sprachreport 2/40, S. 16–21.
- Auer, Peter (2005): The construction of linguistic borders and the linguistic construction of borders. In: Filppula, Markku/Klemola, Juhani/Palander, Marjatta/Penttilä, Esa (Hrsg.): *Dialects Across Borders*. Amsterdam: Benjamins, S. 3–30.
- Bonin, Sara/Zinkhahn Rhobodes, Dagna/Jungbluth, Konstanze/Richter, Nicole (2024): Über Grenzen hinweg erfolgreich kommunizieren: Interlinguale Strategien im Ausbildungskontext. In: Bonin, Sara/Gailing, Ludger/Mangels, Kirsten/Schank, Tobias/Zinkhahn Rhobodes, Dagna (Hrsg.): *Linking Borderlands. Komplexität – Dynamik – Interdisziplinarität*. Baden-Baden: Nomos, S. 123–134.
- Boonen, Ute K./Jentges, Sabine/Sars, Paul (2018): Grenzenlos lernen in der Euregio Rhein-Waal. Das deutsch-niederländische Schulaustauschprojekt *Nachbarsprache & buurcultuur*. In: *Nachbarsprache Niederländisch* 2018, S. 97–107.

- Boonen, Ute K. (Hrsg.) (2021): België – Belgique – Belgien. Speurtocht door een onbekend koninkrijk in het hart van Europa. Deel I: België-Vlaanderen-Wallonië / Deel II: Zevenstedentocht. Unterrichtsmaterial zum Thema Belgien für die Oberstufe in NRW. Mitarbeit: Luisa Röhrich, Karen Wallrich, Pia M. Falter. Duisburg/Essen: DuEPublico.
- Boonen, Ute K./Meredig, Henning (2021): Fremdsprachen lernen an Schulen in Deutschland und den Niederlanden – eine Bestandsaufnahme. In: Jentges, Sabine (Hrsg.): Gemeinsam mit und voneinander lernen: Nachbarsprachenlernen und Schulaustausch. Dokumentation der wissenschaftlichen Einsichten und Erfahrungen aus dem deutsch-niederländischen Schulaustauschprojekt „Nachbarsprache & buurcultuur“. Baltmannsweiler: Schneider Hohengehren, S. 13–36.
- Brehmer, Bernhard (2018): Polnisch als Nachbarsprache in Deutschland. In: Polski w Niemczech. Pismo Federalnego Związku Nauczycieli Języka Polskiego. Numer specjalny: Polski jako język sąsiada. S. 21–36.
- Caesar, Beate/Pallagst, Karina (2018): Entwicklungspfade der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und Status quo. In: Pallagst, Karina/Hartz, Andrea/Caesar Beate (Hrsg.), Border Futures – Zukunft Grenze – Avenir Frontière. Zukunftsfähigkeit grenzüberschreitender Zusammenarbeit. Hannover: Verlag der Akademie für Raumforschung und Landesplanung. S. 12–27.
- Cyrus, Norbert (2024): Insights from Complexity Thinking for Border Studies: The State Border as Emergent Property of International Relations Systems. In: Wille, Christian/Leutloff-Grandits, Carolin/Bretschneder, Falk/Grimm-Hamen, Sylvie/Wagner, Hedwig (Hrsg.): Border Complexities and Logics of Dis/Order. Baden-Baden: Nomos. S. 57–81.
- David, Emma-Katharina (2024): Die Politik der Mehrsprachigkeit in der Europäischen Union. Regionen als Brücke zwischenstaatlicher Zusammenarbeit. Baden-Baden: Nomos.
- Destatis (= Statistisches Bundesamt) (2022): Schüler mit Fremdsprachen-Unterricht. Statistik für 2020/2021. Datenbank Genesis-Online, Datensatz Nr. 21111–006. <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online>.
- Dost, Florian/Jungbluth, Konstanze/Richter, Nicole (2020): Betweenness and the emergence of order. In: Wille, Christian/Nienaber, Birte (Hrsg.): Border Experiences in Europe. Everyday Life – Working Life – Communication – Languages. Baden-Baden: Nomos. S. 193–216.
- Dovalil, Vít/ Šichová, Kateřina (2017): Sprach(en)politik, Sprachplanung und Sprachmanagement. Heidelberg: Winter.
- Geiger-Jaillet, Anemone (Hrsg., 2010): Lehren und Lernen in deutschsprachigen Grenzregionen. Bern et al.: Lang.
- Hansen, Camilla F./Hallsteinsdóttir, Erla (2022): Nachbarsprachendidaktik in Theorie und Praxis am Beispiel Deutsch und Dänisch. In: Zeitschrift für Interkulturellen Fremdsprachenunterricht 27/1, S. 17–46.
- Halink, Ruud (2020): De leerling aan het woord. Belevingsonderzoek onderwijs Nederlands in de buurtaalregio's. Den Haag/Brüssel: Nederlandse Taalunie. Online: <https://taalunie.org/publicaties/192/belevingsonderzoek-de-leerling-aan-het-woord>

- Höder, Steffen (2019): Die deutsch-dänische Grenze von 1920 als Zäsur. In: Palliwoda, Nicole/Sauer, Verena Sauer/Sauermilch, Stephanie (Hrsg.): Politische Grenzen – Sprachliche Grenzen? Dialektgeographische und wahrnehmungsdialektologische Perspektiven im deutschsprachigen Raum. Berlin/Boston: De Gruyter, S. 55–76. DOI: <https://doi.org/10.1515/9783110571110-004>
- Höder, Steffen/Winter, Christoph (2020): Deutsches im Südjütischen, Südjütisch im deutschen Dialektatlas. Zur Validität der südjütischen Wenker-Materialien. In: Fleischer, Jürg/Lameli, Alfred/Schiller, Christian/Szucsich, Luka (Hrsg.): Minderheitensprachen und Sprachminderheiten. Deutsch und seine Kontaktsprachen in der Dokumentation der Wenker-Materialien. Hildesheim/Zürich/New York: Olms, S. 57–96.
- Höder, Steffen (2021): Grammatical arealisms across the Danish-German border from a constructional perspective. In: Zimmer, Christian (Hrsg.): German(ic) in language contact: Grammatical and sociolinguistic dynamics. Berlin: Language Science Press, S. 11–42.
- Hochleitner, Thomas (2013): Wellenbewegungen in einer „jungen“ Sprachpartnerschaft. D-CZ CZ-D im Zeitraffer. In: Europäische Erziehung 43/2, S. 14–16.
- Hovens, Daan (2023): Verbinding door onderwijs in een grensregio. Waarom scholen in de Euregio Maas-Rijn wel/niet in buurtaalonderwijs en Euregioonale schoolactiviteiten investeren. Een onderzoeksrapport voor het Interreg-project EMRLingua. Eupen: Euregio Maas-Rhein.
- Huck, Dominique (2018): Une « langue régionale transfrontalière » en Alsace ? Points de vue des institutions et des locuteurs. In: Eloy, Jean Michel (Hrsg.): De France et d'au-delà : les langues régionales transfrontalières. (Carnets d'atelier de sociolinguistique 12) Paris: L'Harmattan. S. 177–190.
- Jańczak, Barbara A. (2016a): German-Polish Borderscapes: Bordering and Debordering of Communication – an Example of Słubice. In: Universal Journal of Educational Research, 4(9), S. 2024–2031.
- Jańczak, Barbara A. (2016b): Integracja kulturowa polsko-niemieckiego borderscape'u na przykładzie dwumiaści „Słubfurt”: jedność czy różnorodność. In: Multicultural Studies 1/2016, S. 103–114. DOI: 10.23734/mcs.2016.1.103.114
- Janich, Nina (2011): Sprachplanung. In: Knapp, Karlfried et al. (Hrsg.): Angewandte Linguistik. Ein Lehrbuch. Tübingen/Basel: Francke. S. 537–558.
- Jentges, Sabine (2001): Niederländisch in der deutschen Erwachsenenbildung. Resultate einer Umfrage an Volkshochschulen und Industrie- und Handelskammern in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Hessen. Münster: Agenda.
- Jentges, Sabine/Sars, Paul (2021): Forschung in der Unterrichtspraxis. Sprache und Zeichen im deutsch-niederländischen Schulaustausch entdecken. Eine Pilotstudie zum schulischen Einsatz von linguistic landscaping im Projekt Nachbarsprache & buurcultuur. In: Ziegler, Evelyn/Marten, Heiko F. (Hrsg.): Linguistic Landscapes im deutschsprachigen Kontext (Forum Angewandte Linguistik; Bd. 65). Frankfurt am Main: Lang, 2021, S. 427–450.

- Jungbluth, Konstanze (2012): Aus zwei mach eins: Switching, mixing, getting different. In: Janczak, Barbara/Jungbluth, Konstanze/Weydt, Harald (Hrsg.): Mehrsprachigkeit aus deutscher Perspektive. Tübingen: Narr, S. 45–72.
- Jungbluth, Konstanze (2016): Co-constructions in multilingual settings. In: Fernández-Villanueva, Marta/Jungbluth, Konstanze (Hrsg.): Beyond language boundaries. Multimodal use in multilingual contexts. Berlin: De Gruyter. S. 137–152.
- Klatt, Martin (2021): Diesseits und jenseits der Grenze – das Konzept der Grenzregion. In: Gerst, Dominik/Klessmann, Maria/Krämer, Hannes (Hrsg.): Grenzforschung. Handbuch für Wissenschaft und Studium. Baden-Baden: Nomos. S. 143–155.
- Knopp, Eva/Jentges, Sabine (2022): Nähe nutzen: Nachbarsprachenlernen mehrsprachig gedacht. In: Zeitschrift für Interkulturellen Fremdsprachenunterricht 27/1, S. 1–16.
- Koch, Peter/Oesterreicher, Wulf (1985): Sprache der Nähe – Sprache der Distanz. Mündlichkeit und Schriftlichkeit im Spannungsfeld von Sprachtheorie und Sprachgeschichte. In: Romanistisches Jahrbuch 36, S. 15–43.
- Krämer, Philipp (2010): Der innere Konflikt in Belgien: Sprache und Politik. Geschichte und Gegenwart der mehrsprachigen Gesellschaft. Saarbrücken: Müller.
- Krämer, Philipp (2019): Französisch im Saarland. Einstellungen zu Mehrsprachigkeit und Sprachpolitik im Rahmen der Frankreichstrategie. In: Zeitschrift für französische Sprache und Literatur 129, S. 31–71.
- Krämer, Philipp (2022): Sprachpolitik / Sprachenpolitik. In: Forschungsgruppe Diskursmonitor und Diskursintervention (Hrsg.): Diskursmonitor. Glossar zur strategischen Kommunikation in öffentlichen Diskursen. <https://diskursmonitor.de/glossar/sprachpolitik-sprachenpolitik/>
- Krämer, Philipp/Vogl, Ulrike/Kolehmainen, Leena (2022): What is Language Making? In: International Journal of the Sociology of Language 274, S. 1–21. <https://doi.org/10.1515/ijsl-2021-0016>
- Krämer, Philipp (2023): Ein Jahrhundert der Mehrsprachigkeit im Saarland: Historische Dimensionen der Sprachpolitik von den Nachkriegszeiten bis zur Frankreichstrategie. In: Matthias Hüning / Rita Franceschini / Péter Maitz (Ed.): Aspekte historischer Mehrsprachigkeit. (In ‚Studia Linguistica Germanica‘). Berlin: De Gruyter, S. 285–313. <https://doi.org/10.1515/9783111338668-014>
- Krämer, Philipp (ersch.): The Language Making of French: fixed or fading borders and boundaries in Belgium, France, and Saarland. In: Nossem, Eva (Hrsg.): Border Languageing: Multilingual Practices on the Border. Baden-Baden: Nomos.
- Kühl, Karoline (2015): South Schleswig Danish. Caught between privileges and disregard. In: Muhr, Rudolf/Marley, Dawn/Kretzenbacher Heinz L./Bissoonaauth Anu (Hrsg.): Pluricentric languages. New perspectives in theory and description. Wien: Lang, S. 227–240.
- Landesregierung des Saarlandes (2014): Eckpunkte einer Frankreichstrategie für das Saarland. Saarbrücken: Staatskanzlei des Saarlandes.
- Landesregierung des Saarlandes (2014–2024): Feuille de route Frankreichstrategie I-IV. Saarbrücken: Staatskanzlei des Saarlandes.

- Landesregierung des Saarlandes/Universität des Saarlandes (2019): Neue Wege zur Mehrsprachigkeit im Bildungssystem. Sprachenkonzept Saarland 2019. Saarbrücken: Ministerium für Bildung und Kultur/Universität des Saarlandes.
- Landesregierung des Saarlandes (2022): Europabericht der Regierung des Saarlandes an den Landtag des Saarlandes über die Europapolitik und interregionale Zusammenarbeit in der Großregion. Saarbrücken: Ministerium für Finanzen und Europa / Landtag des Saarlandes. Drucksache 16/1908. Online: https://www.landtag-saar.de/PDF?FileId=64457&FileName=So16_1908.pdf
- Lehner, Sabine (2021): Grenze/n und Diskurs/e. In: Gerst, Dominik/Klessmann, Maria/Krämer, Hannes (Hrsg.): Grenzforschung. Handbuch für Wissenschaft und Studium. Baden-Baden: Nomos. S. 221–239.
- Leutloff-Grandits, Carolin/Wille, Christian (2024): Dynamics of Dis/Order in Border Complexities. In: Wille, Christian/Leutloff-Grandits, Carolin/Bretschneider, Falk/Grimm-Hamen, Sylvie/Wagner, Hedwig (Hrsg.): Border Complexities and Logics of Dis/Order. Baden-Baden: Nomos. S. 7–30.
- Li, Wei (2018): Translanguaging as a Practical Theory of Language. In: Applied Linguistics 2018: 39/1, S. 9–30. DOI: <https://doi.org/10.1093/applin/axx039>
- Lisek, Grzegorz (2020a): Notfallmedizinische Kommunikation im Unterricht Polnisch als Fremdsprache. Analyse von Gesprächsverhalten deutschsprachiger Rettungskräfte. In: Glottodidactica XLVII/2, S. 169–193. DOI: doi.org/10.14746/gl.2020.47.2.08
- Lisek, Grzegorz (2020b): Neue Herausforderungen für Angewandte Linguistik – Sprachlandschaften? Visuelle Mehrsprachigkeit in den Linguistic Landscapes der deutsch-polnischen Grenzregion. In: Adamczak-Krysztowicz, Sylwia/Szczepaniak-Kozak, Anna/Rybszleger Paweł (Hrsg.): Angewandte Linguistik – Neue Herausforderungen und Konzepte. Göttingen: V&R unipress, S. 419–430.
- Lochtman, Katja (2022): On the Intersection between Variational and Contrastive Pragmatics: An Analysis of Requests for Repair in Complaints by German-Speaking Belgians. In: Contrastive Pragmatics 2022, S. 1–26. DOI: doi.org/10.1163/26660393-00001056
- Lüdi, Georges (2010): L'analyse du paysage linguistique comme instrument pour analyser la gestion des langues dans les entreprises. In: Lüdi, Georges (Hrsg.): Le Plurilinguisme au travail entre la philosophie de l'entreprise, les représentations des acteurs et les pratiques quotidiennes. Acta Romanica Basiliensia 22, Basel: Universität Basel/Institut für Französische Sprach- und Literaturwissenschaft, S. 87–106.
- Lüsebrink, Hans-Jürgen, Claudia Polzin-Haumann & Christoph Vatter (Hrsg., 2017): »Alles Frankreich oder was?« – Die saarländische Frankreichstrategie im europäischen Kontext. Interdisziplinäre Zugänge und kritische Perspektiven. Bielefeld: transcript.
- Majchrzak, Natalia/Becker, Katrin (2019): Mehrsprachigkeit in der Doppelstadt Frankfurt(Oder) – Słubice / Wielojęzyczność w Dwumieście Frankfurt nad Odrą – Słubice. Frankfurt (Oder): Stadt Frankfurt (Oder) – Kooperationszentrum Frankfurt-Słubice.
- Martyniuk, Waldemar/Müller, Małgorzata (2017): Die Rolle der Nachbarsprache Polnisch im deutschen Bildungswesen. In: Fremdsprachen Lehren und Lernen 46/1, S. 72–85.

- Marx, Christoph/Nekula, Marek (2014): Verständigung und Sprachmanagement in deutsch-tschechischen Grenzorganisationen. In: Engel, Nicolas et al. (Hrsg.): Grenzen der Grenzüberschreitung: Zur „Übersetzungsleistung“ deutsch-tschechischer Grenzorganisationen. Bielefeld: Transcript, S. 45–122.
- Micka-Monz, Leonie/Polzin-Haumann, Claudia (2024): Mehrsprachige Kommunikation in der grenzüberschreitenden Berufsausbildung im saarländisch-lothringischen Grenzraum – eine Fallstudie. In: Bonin, Sara/Gailing, Ludger/Mangels, Kirsten/Schank, Tobias/Zinkhahn Rhobodes, Dagna (Hrsg.): Linking Borderlands. Komplexität – Dynamik – Interdisziplinarität. Baden-Baden: Nomos. S. 109–119.
- Ministerium für Schule und Berufsbildung Schleswig-Holstein (2016): Fachanforderungen Dänisch. Allgemein bildende Schulen, Sekundarstufe I und Sekundarstufe II. Kiel: Ministerium für Schule und Berufsbildung des Landes Schleswig-Holstein.
- Müller-Butz, Martin (2019): Wie lässt sich die Bevölkerung für Nachbarsprachen öffnen? Das Beispiel Vorpommern-Greifswald und Uckermark. In: Gellrich, Regina/Vogel, Thomas (Hrsg.): Nachbarsprachenbildung in den deutsch-polnischen und deutsch-tschechischen Grenzregionen. Frankfurt/Oder: Sprachenzentrum der Europa-Universität Viadrina. S. 28–32.
- Ndhlovu, Finex (2013): Vehicular Cross-Border Languages, Multilingualism and the African Integration Debate: A Decolonial Epistemic Perspective. In: *Africanus* 43/2, S. 13–33.
- Nekula, Marek (2021): Grenzen und Sprachgrenzen in der Sprachwissenschaft. In: Gerst, Dominik/Klessmann, Maria/Krämer, Hannes (Hrsg.): Grenzforschung. Handbuch für Wissenschaft und Studium. Baden-Baden: Nomos. S. 400–418.
- Nekula, Marek/Sherman, Tamah/Zawiszová, Halina (2022): Exploring interests and power in language management. In: Nekula, Marek/Sherman, Tamah/Zawiszová, Halina (Hrsg.): *Interests and Power in Language Management*. Berlin et al: Lang. S. 15–34.
- Nekvapil, Jiří (2009): The integrative potential of Language Management Theory. In: Nekvapil, Jiří/Sherman, Tamah (Hrsg.): *Language Management in Contact Situations: Perspectives from Three Continents*. Frankfurt/Main et al.: Lang. S. 1–11.
- Pfeiffer, Martin/Auer, Peter (2019): Erfahrung und Stereotyp an der elsässisch-badischen Grenze – Repräsentationen der Anderen und ihre narrative Verarbeitung. In: Palliwoda, Nicole/Sauer, Verena Sauer/Sauermilch, Stephanie (Hrsg.): *Politische Grenzen – Sprachliche Grenzen? Dialektgeographische und wahrnehmungsdiakologische Perspektiven im deutschsprachigen Raum*. Berlin/Boston: De Gruyter, S. 143–178. DOI: <https://doi.org/10.1515/9783110571110-008>
- Plewnia, Albrecht/Rothe, Astrid (2011): Spracheinstellungen und Mehrsprachigkeit Wie Schüler über ihre und andere Sprachen denken. In: Eichinger, Ludwig M./Plewnia, Albrecht/Steinle, Melanie (Hrsg.): *Sprache und Integration. Über Mehrsprachigkeit und Migration*. Tübingen: Narr. S. 215–253.
- Polzin-Haumann, Claudia (2015): Le français, langue difficile. Zur Diskussion über ein Stereotyp im frankophonen Internet. In: Hardy, Stéphane/Herling, Sandra/Patzelt, Carolin (Hrsg.): *Laienlinguistik im frankophonen Internet*. Berlin: Frank & Timme, S. 129–154.

- Polzin-Haumann, Claudia/Christina Reissner (2020): Die Frankreichstrategie des Saarlandes: Ein aktueller Blick auf Herausforderungen für das Französische im regionalen Kontext und darüber hinaus. In: *Synergies Pays germanophones* 13, S. 73–90.
- Prunitsch, Christian/Berndt, Annette/Buraczynski, Radosław (Hrsg.) (2015): *Sprache als Schlüssel zur Zusammenarbeit. Status und Prestige der Nachbarsprachen im polnisch-sächsischen Grenzgebiet*. Frankfurt/M. u.a.: Peter Lang.
- Putsche, Julia/Faucompré, Chloé (2017): Lehrkontext Grenzregion: Affekt und Kognition von FremdsprachenlehrerInnen der Nachbarsprache. In: *Zeitschrift für Interkulturellen Fremdsprachenunterricht* 22/2, S. 143–154.
- Putzier, Agnieszka/Hryniewicz-Piechowska, Justyna/Brehmer, Bernhard (2022): „Muss es denn Polnisch sein?“ – Rahmenbedingungen und Umsetzung des durchgängigen Nachbarspracherwerbs am Beispiel des Polnischen in der Euroregion Pomerania. In: *Zeitschrift für Interkulturellen Fremdsprachenunterricht* 27/1, S. 47–79.
- Raasch, Albert (2019): Didaktik der Grenzregionen. In: Fäcke, Christiane/Meißner, Franz-Joseph (Hrsg.): *Handbuch Mehrsprachigkeits- und Mehrkulturalitätsdidaktik*. Tübingen: Narr. S. 469–473.
- Reents, Martin/Thurm, Stefanie/Ulrich, Peter/Wenzelburger, Georg (2024): *Policy-Transfer in und zwischen Borderlands*. Grenzregionale Strategien als Beispiele für inter- und intranationalen *Policy-Transfer*. In: Bonin, Sara/Gailing, Ludger/Mangels, Kirsten/Schank, Tobias/Zinkhahn Rhobodes, Dagna (Hrsg.): *Linking Borderlands. Komplexität – Dynamik – Interdisziplinarität*. Baden-Baden: Nomos. S. 135–146.
- Rispail, Marielle (2018): *Le Platt de Lorraine, langue transfrontalière : un trésor ou un piège ?* In: Eloy, Jean Michel (Hrsg.): *De France et d’au-delà : les langues régionales transfrontalières*. (Carnets d’atelier de sociolinguistique 12) Paris: L’Harmattan. S. 159–175.
- Schank, Tobias/Fellner, Astrid (2024): Vergleichen, Verknüpfen, Verbinden: „*Linking*“ *Borderlands*. In: Bonin, Sara/Gailing, Ludger/Mangels, Kirsten/Schank, Tobias/Zinkhahn Rhobodes, Dagna (Hrsg.): *Linking Borderlands. Komplexität – Dynamik – Interdisziplinarität*. Baden-Baden: Nomos. S. 21–31.
- Schiffauer, Werner/Koch, Jochen/Reckwitz, Andreas/Schoor, Kerstin/Krämer, Hannes (2018): *Borders in Motion: Durabilität, Permeabilität Liminalität*. In: *Working Paper Series B/Orders in Motion* Nr. 1. Frankfurt (Oder): Viadrina Center B/ORDERS IN MOTION. DOI: <https://doi.org/10.11584/B-ORDERS.1>
- Schindler, Larissa (2021). *Grenze und Mobilität – ein vielfältiges Forschungsgebiet*. In: Gerst, Dominik/Klessmann, Maria/Krämer, Hannes (Hrsg.): *Grenzforschung. Handbuch für Wissenschaft und Studium*. Baden-Baden: Nomos. S. 331–344.
- Schwender, Philipp (2018): Französisch – schwere Schulfremdsprache? Eine exemplarische Studie sprachbezogener Werturteile saarländischer Schülerinnen und Schüler. In: *Zeitschrift für romanische Sprachen und ihre Didaktik* 12/2, S. 85–114.
- Spiekermann, Helmut H. (2019): Grenzüberschreitung diesseits der Grenze: Niederländische Stereotype im Emsland und in der Grafschaft Bentheim. In: Palliwoda, Nicole/Sauer, Verena Sauer/Sauermilch, Stephanie (Hrsg.): *Politische Grenzen – Sprachliche Grenzen? Dialektgeographische und wahrnehmungsdiagnostische Perspektiven im deutschsprachigen Raum*. Berlin/Boston: De Gruyter, S. 99–120. DOI: <https://doi.org/10.1515/9783110571110-006>

- Spolsky, Bernard (2019): A modified and enriched theory of language policy (and management). In: *Language Policy* 18, S. 323–338.
- Trépos, Jean-Yves/Ehrhart, Sabine/Hamez, Grégory/Langinier, Hélène/Polzin-Haumann, Claudia/Reissner, Christina (2016): Frontières linguistiques et communautés de travail. In: *Questions de communication* 29 (online). DOI : <https://doi.org/10.4000/questionsdecommunication.10508>
- Ulrich, Peter (2021): *Participatory Governance in the Europe of Cross-Border Regions. Cooperation – Boundaries – Civil Society*. Baden-Baden: Nomos.
- Wegner, Anke/Schank, Flore (2019): Mehrsprachigkeit und Bildungsgerechtigkeit – Ein Konzept zur Förderung der Mehrsprachigkeit in der Großregion. In: Busch, Matthias/Frisch, Julia/Wegner, Anke (Hrsg.): *Europa leben lernen – Apprendre à vivre l'Europe*. Tagungsband zur 1. „Edu.GR“-Tagung an der Universität Trier. Trier: Universität Trier. S. 13–29. DOI: <https://doi.org/10.25353/ubtr-xxxx-7d50-7bad>
- Wille, Christian/Roos, Ursula (2018): Grenzüberschreitende Lebenswelten an der luxemburgischen Grenze? Eine empirische Annäherung am Beispiel von Grenzpendlern und Wohnmigranten. In: Pallagst, Karina/Hartz, Andrea/Caesar Beate (Hrsg.), *Border Futures – Zukunft Grenze – Avenir Frontière*. Zukunftsfähigkeit grenzüberschreitender Zusammenarbeit. Hannover: Verlag der Akademie für Raumforschung und Landesplanung. S. 168–188.
- Wille, Christian (2024): Border Complexities. Outlines and Perspectives of a Complexity Shift in Border Studies. In: Wille, Christian/Leutloff-Grandits, Carolin/Bretschneider, Falk/Grimm-Hamen, Sylvie/Wagner, Hedwig (Hrsg.): *Border Complexities and Logics of Dis/Order*. Baden-Baden: Nomos. S. 31–55.
- Zinkhahn Rhobodes, Dagna (2016a): Sprechen entlang der Oder. Der Charakter der sprachlichen Grenzen am Beispiel der deutsch-polnischen Sprachroutine. Frankfurt/Main et al.: Lang.
- Zinkhahn Rhobodes, Dagna (2016b): Crossing and blurring the language borders. The example of Polish-German language contact. In: Fernández-Villanueva, Marta/Jungbluth, Konstanze (Hrsg.): *Beyond language boundaries. Multimodal use in multilingual contexts*. Berlin: De Gruyter. S. 200–220.

